Über die Geschichte der Frauenbewegung und deren sozialdemokratische Richtung ist im Zuge der Etablierung der Frauengeschichte in den letzten 15 Jahren vielfältig diskutiert worden. Mehrere Arbeiten, in denen das Thema vor allem unter organisationsgeschichtlichen Aspekten und mit Bezug auf die sozialistische Emanzipationstheorie untersucht wird, sind veröffentlicht.1 Diese Darstellungen orientieren sich an Positionen der Wortführerinnen der Frauenbewegung wie Clara Zetkin, Ottilie Baader oder Luise Zietz, die lange das Selbstverständnis vieler Sozialdemokratinnen prägten. Ihr Kampf richtete sich gegen die Herrschaft des Kapitalismus. Von der Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erwarteten sie auch die Veränderung des Geschlechterverhältnisses. Es ist vor allem das Verdienst von Clara Zetkin, daß seit dem Parteitag der SPD von 1896 die bis dahin eher zögerliche Haltung der Partei zu Frauenfragen aufgegeben und die Frauenagitation als zentraler Punkt in die politische Programmatik aufgenommen wurde.

Obwohl schleswig-holsteinische Arbeiterfrauen schon in den 1860er Jahren eigenständige Vereine gründeten und die Provinz zwischen 1908 und 1914 neben Hamburg und Berlin zu den Agitationsbezirken mit den meisten weiblichen Mitgliedern zählte, ist die proletarische Frauenbewegung in der neueren Geschichtsschreibung über die regionale Arbeiterbewegung immer nur am Rande berücksichtigt worden.2 Aber nicht nur als statistische Größe war die Frauenbewegung von Bedeutung. Mit der 1865 in Bargteheide geborenen Luise Zietz (1865-1922) - genannt der "weibliche Bebel" - stammte eine populäre Agitatorin der sozialdemokratischen Frauenbewegung aus Schleswig-Holstein und hatte im Vierstädtegebiet ihre politischen Erfahrungen gesammelt. Sie war 1908 das erste weibliche Mitglied des Parteivorstandes der SPD und bis 1917 dessen Frauensekretärin. Louise Schröder (1887-1957) aus Altona-Ottensen, Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, des Reichstages und 1947/48 amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin, hatte ihre politische Karriere in Schleswig-Holstein vor dem Ersten Weltkrieg begonnen. In den 1920er Jahren war sie u.a. Vorsitzende der schleswig-holsteinischen Arbeiterwohlfahrt.

Der folgende Beitrag befaßt sich mit der sozialdemokratischen Frauenbewegung vor dem Ersten Weltkrieg in Altona, dem politischen "Vorort" der Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein. Er ist allerdings keine vollständige Darstellung dieser Hälfte der Parteigeschichte. Viele wichtige Aspekte, wie z.B. der Kampf um das Wahlrecht für Frauen, können nur angedeutet werden.<sup>3</sup> Die Zeit des Sozialistengesetzes und die Unterstützung der illegalen Parteiarbeit durch Frauen haben wir in diesem Aufsatz nicht dargestellt. Den Rahmen des Beitrages würde es auch sprengen, wenn wir untersucht hätten, wie sich die Frauenarbeit in der Industrie und im Dienstleistungssektor in Altona-Ottensen seit 1870 entwickelte.<sup>4</sup> Trotz dieser uns bewußten, vorhandenen Lücken hoffen wir, ein anschauliches Bild von der sozialdemokratischen Frauenbewegung vor dem Ersten Weltkrieg zu geben.

## Inge Döll-Krämer Gerd Krämer Ingrid Vesper Sozialdemokratische Frauens- und Vertrauenspersonen in Altona vor 1914

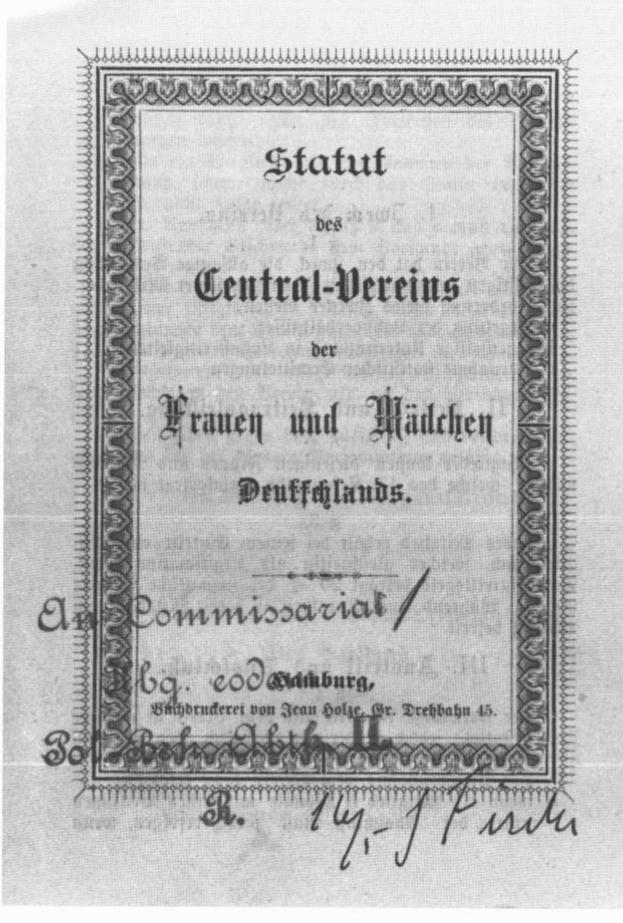
Ein Beitrag zur Geschichte der Frauenbewegung in Schleswig-Holstein



Schleswig-Holstein heute

Werner Thönnessen, Frauenemanzipation. Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863-1933, Frankfurt 1969; Richard J. Evans, Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Bonn 1979; Willy Albrecht, Friedhelm Boll, Beatrix W. Bouvier, Rosemarie Leuschen-Seppel, Michael Schneider, Frauenfrage und deutsche Sozialdemokratie vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn der zwanziger Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte XIX (1979), S. 459-510; Heinz Niggemann, Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus. Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich, Wuppertal 1981.

<sup>2</sup> Rainer Paetau, Holger Rüdel (Hrsg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987. Rainer Paetau, Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925, Neumünster 1988. Auch in der Demokratischen Geschichte fand dieses Themengebiet bisher nur wenig Aufmerksamkeit.



Der Aufsatz gliedert sich in drei Teile.<sup>5</sup> Am Beginn steht ein Exkurs zur Frühgeschichte der proletarischen Frauenbewegung vor dem Sozialistengesetz. Danach wird an einem 1895 in Altona geführten Prozeß gegen den Zentralverein der Frauen und Mädchen Deutschlands untersucht, welche Möglichkeiten der Organisation es für Arbeiterfrauen in den 1890er Jahren gab. Am Beispiel der sozialdemokratischen weiblichen Vertrauensperson für den 6. Wahlkreis Ottensen/Pinneberg, Alma Wartenberg, werden die Beweggründe, die zur Politisierung einer Arbeiterfrau führten, aber auch die Schwierigkeiten dieser Arbeit geschildert. Zugleich zeigen sich in der zentralen Thematik von Alma Wartenberg, sie agitierte über Mutterschutz und Schwangerschaftsverhütung, Verbindungslinien zu den feministischen Positionen der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung.6 Mit Blick auf diesen "autonomen" Flügel der Frauenbewegung hatte Clara Zetkin 1896 erklärt, daß nicht das Gemeinsame, sondern das Trennende betont werden müsse.7 Alma Wartenberg bewegte sich mit ihren in ganz Deutschland gehaltenen Referaten also parteiintern und auch gesellschaftspolitisch durchaus auf konfliktträchtigem Gebiet, wie am Beispiel der Gebärstreikdebatte schließlich gezeigt werden soll.

Gemeinsam ist den unterschiedlichen Bereichen die Fragestellung, wie Frauen sich selbständig organisierten und welchen Behinderungen von Seiten der Behörden, aber auch der männlichen Proletarier, sie dabei erfuhren. Im Hinblick darauf wird auch skizziert, wie Sozialdemokratinnen ihr politisches Bewußtsein entwickeln konnten. In der Biographie Alma Wartenbergs wird auch deutlich, daß die Geschichte von Sozialdemokratinnen oft die einer speziellen weiblichen Erfahrung ist.8 Als Quellen herangezogen wurden vor allem sozialdemokratische Zeitungen. Für die Zeit nach 1890 die speziell für Frauen geschriebene Zeitschrift "Die Gleichheit". Fritz Wartenberg, der jüngste Sohn Alma Wartenbergs, veröffentlichte eine Autobiographie, in der er ein anschauliches Bild von der Tätigkeit seiner Mutter gezeichnet hat.9 Für diesen Aufsatz stand zudem ein lebensgeschichtliches Interview aus dem Jahre 1987 mit Fritz Wartenberg zur Verfügung. 10

In Schleswig-Holstein waren Frauen bis 1918 ohne Wahlrecht zum Reichstag und zu den kommunalen Vertretungen. Unter bestimmten Bedingungen konnten grundbesitzende Frauen das Gemeindewahlrecht erwerben.<sup>11</sup> Einer selbständigen politischen Arbeit waren enge Grenzen gesetzt. Grundlage für diese Diskrimierung war das am 11. März 1850 verkündete preußische Vereinsgesetz. Im § 8 dieses Gesetzes heißt es:

"Für Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, gelten außer vorstehenden Bestimmungen nachstehende Beschränkungen:

a) Sie dürfen keine Frauenspersonen, Schüler, Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen, ...

Werden diese Beschränkungen überschritten, so ist die Ortspolizeibehörde berechtigt, vorbehaltlich des gegen die Betheiligten einzuleitenden Strafverfahren, den Verein bis zur erge-

- <sup>3</sup> Zu einigen Aspekten dieses Themas siehe: Matthias Schartl, Die Massen auf der Straße. Schleswig-Holsteins Arbeiter im Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht 1906-1910, in: DG V, S. 153-186.
- <sup>4</sup> Zur Bedeutung dieses Themas vgl.: Ute Frevert, Bewegung und Disziplin in der Frauengeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft (GG) 14 (1988), S. 249ff.
- <sup>5</sup> Einige Teile dieses Aufsatzes sind überarbeitete Fassungen, die erstmals in: Frauengeschichtsgruppe des Stadtteilarchivs Ottensen (Hrsg.), Aufgeweckt. Frauenalltag in vier Jahrhunderten. Ein Lesebuch, Hamburg 1988, S. 155-165 und 182-194 erschienen sind.
- 6 Ulrich Linse, Arbeiterschaft und Geburtenentwicklung im Deutschen Kaiserreich von 1871, in: Archiv für Sozialgeschichte XII (1972), S. 205-271; Karen Hagemann, Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, Bonn 1990; Evans, S. 244ff; Niggemann, S.237ff.
- 7 Die Gleichheit 8.7.1896.
- <sup>8</sup> Zur Diskussion um den theoretischen Ansatz weiblicher Perspektive siehe: Gisela Bock, Geschichte, Frauengeschichte, Geschlechtergeschichte, in: GG 14 (1988), S. 364-391.
- 9 Fritz Wartenberg, Erinnerungen eines Mottenburgers. Kindheit und Jugendjahre eines Arbeiterjungen 1905-1925, Hamburg 1983.
- <sup>10</sup> Interview mit Fritz Wartenberg vom 23.12.1987. Geführt von Inge Döll-Krämer und Ingrid Vesper.

11 Paetau, S. 121.

#### "... sie sollen nur Muth behalten."

Die ersten Organisationen von Arbeiter-Frauen in Schleswig-Holstein henden richterlichen Entscheidung (§ 16) zu schließen. Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge dürfen den Versammlungen und Sitzungen solcher politischer Vereine nicht beiwohnen. Werden dieselben auf die Aufforderung des anwesenden Abgeordneten der Obrigkeit nicht entfernt, so ist Grund zur Auflösung der Versammlung oder Sitzung (§§ 5,6) vorhanden."12

Damit war nicht nur die offizielle Mitgliedschaft von Frauen in politischen Vereinen bzw. nach Vereinsrecht organisierten Parteien ausgeschlossen, sondern auch, daß Frauen selbst Vereine gründeten, in denen politische Angelegenheiten erörtert wurden. Frauen in Preußen - und dazu gehörte Schleswig-Holstein ja seit 1867 — waren durch dieses Gesetz bis zu seiner Novellierung 1908 daran gehindert, sich in politischen Vereinen für ihre Interessen einzusetzen. Nicht alle Länder des Deutschen Reiches kannten ein solches diskriminierendes Vereinsgesetz. In den Hansestädten Hamburg, Lübeck und Bremen sowie in Hessen, Baden, Württemberg und Sachsen durften sich Frauen politisch betätigen. 13 Erlaubt waren in allen Bundesstaaten des Kaiserreiches Frauenvereine, die wohltätige Zwecke verfolgten, wie Armenfürsorge oder Krankenpflege oder auch der Zusammenschluß zu besonderen Krankenkassen für Frauen. Bei Frauenbildungsvereinen und Vereinen zur Vertretung gewerkschaftlicher Interessen von Frauen war die Abgrenzung zum politischen Verein schwieriger, so daß es immer wieder zur Schließung solcher Vereine kam. Trotzdem versuchten Frauen seit den 1860er Jahren, sich politisch zu organisieren.

Im Hamburg existierte in Anlehnung an den dortigen Arbeiterbildungsverein schon seit 1863 ein Schwester-Verein für Arbeiterinnen, zu dessen weiblichen Gründungsmitgliedern u.a. die Tochter Jakob Audorfs zählte. Nach dem Ausschluß der Lassalleaner aus dem Bildungsverein wandte sich der Frauenverein der Hamburger ADAV Gemeinde zu. Hamburger Arbeiterfrauen bildeten im März 1867 ein Komitee, das einen festlichen Bazar organisierte, um die aus dem Wahlkampf, der notwendigen Unterstützung der streikenden Haartuchweber und gemaßregelter Harburger Vereinsmitglieder entstandenen Schulden der ADAV-Gemeinde zu begleichen.14 Im November wurden von den Frauen der ADAV-Gemeinde 150 Mark für die politische Arbeit übergeben, die bei einer erneuten Verlosung eingenommen worden waren.15 Als Vorsteherin dieses "Arbeiter-Frauen-Vereins" fungierte Bertha Hetzel, die Frau des damaligen Bevollmächtigten der Hamburger ADAV-Gemeinde. Im Sommer 1867 agitierte Frau Hetzel unter anderem in Pinneberg16 und in Preetz. In Preetz hielt sie auf dem Stiftungsfest der ADAV-Gemeinde eine Rede über die Agitation von Lassalle und ermahnte dabei die Männer, "sie sollen nur Muth behalten, es werde noch schwerere Kämpfe geben, ehe wir das Ziel erreichen, wir wollen aber nicht mit Säbel und Schwert, sondern mit unseren geistigen Waffen kämpfen."17 Außerdem berichtete sie vom Hamburger Arbeiter-Frauenverein, der die Agitation der Männer mit seinen Beiträgen unterstütze, und forderte die Frauen in Preetz auf, einen solchen Verein zu gründen.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Zit. nach: G. Wagner, Handbuch der Polizeiverordnungen für Schleswig-Holstein, Kiel/Leipzig 1897, S. 461-467.

Niggemann, Emanzipation, S. 18.
 Der Social-Demokrat (SD)
 4.1867. Vgl. auch Heinrich Laufenberg, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend, Bd. I, Hamburg 1911, S. 328.

<sup>15</sup> SD 8.11.1867.

<sup>16</sup> SD 9.6.1867.

<sup>17</sup> SD 28.6.1867.

Eine Arbeiterfrauenversammlung zur Gründung solle demnächst einberufen werden. Über diese Versammlung Anfang Juli 1867 berichtete Adamina Quisdorf. Frau Hetzel war erneut anwesend und schilderte in ihrer Rede die sozialen Zustände bei den schlesischen und sächsischen Weberfamilien. "Wie Sonnenstrahlen leuchteten ihre Worte in unsere Herzen, und wir sahen ein, daß es gut sein würde, wenn hier in Preetz auch ein solcher Verein [Arbeiterfrauenverein] bestände."<sup>18</sup> Der Lübecker ADAV-Bevollmächtigte C. Leinhos empfahl bei der Weihe der Vereinsfahne den auf dem Fest anwesenden Frauen, ähnlich wie in Hamburg einen Verein zu gründen.<sup>19</sup>

Auf der 1865 von der ADAV-Gemeinde in Altona veranstalteten Totenfeier für Lassalle waren Frauen vertreten. Der Bevollmächtigte F. C. Mann forderte in seiner Ansprache die anwesenden Frauen auf, "ihre Männer in dem Streben nach dem Arbeiterstand nach Kräften zu unterstützen."20 Wie sollte diese Unterstützung nun aussehen? Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß sich die Lassalleaner gegen jede Form industrieller Frauenarbeit aussprachen. Frauenarbeit in den Fabriken "findet den erbitterten Widerstand, und mit Recht, der Arbeiterklasse. Erbittert, weil sie fühlt, daß das rücksichtlose Kapital in seinem Rachen die Familie zu verschlingen droht; daß es die Mütter den Kindern, dem Manne die Frau nehmen will ... Die Heilung erwarten wir für die Frauen, wie für die Männer nur in einer totalen Umwälzung des Productionsmodus, in der gerechten Verteilung des Arbeitsertrages, in der Selbständigkeit des Arbeiters als Mitglied einer Association. Eine andere, gerechte Grundlage der Production wird zur natürlichen Folge haben, daß die Frauen eine würdigere sociale Stellung einnehmen werden."21

Auf der Generalversammlung des ADAV 1867 in Berlin wurde eine von Wilhelm Bracke eingebrachte Resolution gegen die Frauenarbeit in der Industrie angenommen. Die von Bebel und Liebknecht beeinflußte Sozialdemokratische Arbeiterpartei forderte 1869 in ihrem Eisenacher Programm dagegen nur die Einschränkung der Frauenarbeit. Die während der Programmdiskussion erhobene weitreichende Forderung nach gleichem Lohn für Männer und Frauen wurde allerdings nicht ins Programm aufgenommen. Frauenarbeit in der Industrie wurde von den Eisenachern im Gegensatz zum ADAV nicht grundsätzlich abgelehnt. Geben sollte es sie nach ihren Vorstellungen erst in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Das Vereinigungsprogramm von Gotha 1875 sah vor, alle die Gesundheit und die "Sittlichkeit" gefährdenden Arbeiten für Frauen zu verbieten. Vor der Vereinigung beider Arbeiterparteien wurde über das Frauenwahlrecht auf den jeweiligen Parteitagen nicht diskutiert. In Gotha forderte Wilhelm Liebknecht in der Debatte über die Programmvorlage, die nur das Wahlrecht für Männer vorsah: "In Bezug auf das Wahlrecht wäre — da das von uns proklamierte Gleichheitsprinzip die völlige Gleichstellung der Frau heißt — besser, statt "Männer' zu setzen "Staatsangehörige."<sup>22</sup> In der Abstimmung, ob das Wahlrecht für Frauen durch den Zusatz "Staatsangehörige beiderlei Geschlechts", wie Bebel es forderte, besonders betont werden sol-

<sup>18</sup> SD 5.7.1867.

<sup>19</sup> SD 27.9.1867.

<sup>20</sup> SD 3.9.1865.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> SD vom 17. bis 22.1.1866. Abdruck der Rede des Buchhändlers Schlingmann auf einer Berliner Arbeiterversammlung. Zur Position der Lassalleaner bezüglich der Frauenarbeit siehe: Hilde Lion, Zur Soziologie der Frauenbewegung, Berlin 1906, S. 26.

Protokoll des Vereinigungs-Congresses der Sozialdemokraten Deutschlands abgehalten zu Gotha vom 22. bis 27. Mai 1875, S. 36.

- <sup>23</sup> August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart 1910, S. 285.
- <sup>24</sup> Der Botschafter 8.6.1867.
- <sup>25</sup> Vgl. zu den Plätterinnen: Heinrich Bürger, Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe 1865 bis 1890, Hamburg 1899, S. 129f und zum 1886 in Altona gegründeten Verein der Herrengardrobe- und Mantelnäherinnen: Helga Kutz-Bauer, Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und bürgerlicher Staat in der Zeit der Großen Depression. Eine regional- und sozialgeschichtliche Studie zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Großraum Hamburg 1873 bis 1890, Bonn 1988, S. 240.
- 26 Thönnessen, S. 31.
- 27 SD 10.4.1870.

le, stimmten die anwesenden Altonaer und Ottenser Delegierten gegen diesen klärenden Zusatz, dessen Aufnahme in das Parteiprogramm nur knapp abgelehnt wurde. Angenommen wurde dann der Vorschlag Liebknechts, als sozusagen "geschlechtsneutraler" Kompromiß.

In seinem Klassiker "Die Frau und der Sozialismus" schrieb Bebel schon in der Erstausgabe 1879, die Rechtsungleichheit der Frauen gegenüber den Männern habe bei den fortschrittlicheren unter ihnen die Forderung nach politischen Rechten hervorgerufen, um durch die Gesetzgebung für ihre Gleichberechtigung zu wirken. "Es ist derselbe Gedanke, der auch die Arbeiterklasse leitete, auf die Eroberung politischer Macht ihre Agitation zu richten. Was für die Arbeiterklasse recht ist, kann für die Frauen nicht unrecht sein."<sup>23</sup> Erst das Erfurter Programm der SPD von 1891 sprach davon, daß das Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts allen Staatsangehörigen zustünde. Alle Frauen benachteiligenden Gesetze sollten zudem abgeschafft werden. 1894 brachte die Fraktion der Sozialdemokraten im Reichstag erstmals einen Gesetzentwurf ein, der die Einführung des Frauenwahlrechts vorsah.

In den Gewerkschaften war es in den ersten Jahren nach ihrem Entstehen zunächst ähnlich schwierig, die Gleichberechtigung von Frauen durchzusetzen. Die Mitglieder der lassalleanisch dominierten Gewerkschaft der Zigarrenarbeiter waren besonders strikte Gegner der Beschäftigung von Frauen in ihren Gewerben, weil sie befürchteten, daß durch Frauenarbeit nicht nur die Löhne der Männer gedrückt würden, sondern auch die gemeinsame Beschäftigung in Arbeitsräumen die allgemeine Moral und Sittlichkeit gefährde.24 1869 änderten die Zigarrenarbeiter ihre Position zur Frauenarbeit. Der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein beschloß, den immer stärker, vor allem als Wickelmacherinnen in der Zigarrenindustrie beschäftigten Frauen die Mitgliedschaft zu ermöglichen, um der Lohnkonkurrenz zwischen den Geschlechtern ein Ende zu machen. Der allgemeinen Ablehnung der Frauenarbeit in dieser die Altona-Ottenser Arbeiterbewegung organisatorisch und ideologisch führenden Gruppe tat dies allerdings keinen Abbruch. Der Allgemeine Deutsche Schneiderverein sah nie eine Mitgliedschaft von Frauen vor, obwohl auch das Gewerbe stark von Frauen besetzt war. Im Textilgewerbe organisierten sich dann auch die Frauen in Altona erstmals selbständig.25 Auf dem Kongreß der zu den Eisenachern tendierenden gewerkschaftlichen Lokal- und Zentralvereine 1872 in Erfurt sprachen sich die Delegierten dafür aus, die Frauenarbeit in den Fabriken und Werkstätten abzuschaffen.26

Ein selbständiger Arbeiter-Frauen-Verein in Altona inserierte erst im April 1870 im Social-Democrat. Einmal wöchentlich versammelten sich die Arbeiterfrauen im selben Lokal, in dem auch die Treffen des ADAV stattfanden.<sup>27</sup> Über die Inhalte der politischen Diskussionen Altonaer Frauen in der ersten Hälfte der 1870er Jahre ist nichts bekannt. Arbeiterfrauen nahmen an den vom ADAV einberufenen Volksversammlungen in der

"Also auf zur Thätigkeit am Wahltage!" Wahlkomitees sozialdemokratischer Frauen in Altona Stadt teil. Da dies von den jede politische Versammlung überwachenden Polizeibeamten zum Anlaß für eine Auflösung genommen werden konnte, blieben die Frauen zunächst noch auf den Galerien der großen Versammlungslokale in Hintergrund, um nicht entdeckt zu werden. 28 Bei der Totenfeier für Lassalle im Jahre 1872 verbot die Polizei erstmals die Teilnahme der Frauen an einer politischen Versammlung. Dieses Verbot führte zu einer großen Demonstration der Altonaer Arbeiter, mit der die erste bürgerliche Sedanfeier in der Stadt verhindert wurde.29 Am vom ADAV gepflegten Vereinsleben, das dem Konzept der "Großen Familie"30 folgte, beteiligten sich die Ehefrauen der Mitglieder ebenfalls. Im November 1872 stiftete ein eigens gegründetes Frauenkomitee eine seidene Vereinsfahne, die dem Bevollmächtigten der ADAV-Gemeinde, Otto Reimer, auf einen Fest übergeben wurde. Vor den Reichstagswahlen im Januar 1874 begannen die Frauen zahlreicher und offener als zuvor, politische Versammlungen zu besuchen.31 Die Teilnahme entsprang aber nicht nur politischem Interesse, sondern diente den Tabakarbeiterinnen auch dazu, sich nach Arbeit zu erkundigen.32

Bei den Wahlen des Jahres 1877 engagierten sich vor allem die Ehefrauen der Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 8. Wahlkreis Altona-Stormarn öffentlich für den Kandidaten der Sozialistischen Arbeiterpartei, den Hamburger Schuhmacher Georg Wilhelm Hartmann. In einem Auf ruf "An die Arbeiter- und Kleinbürgerfrauen Altonas" heißt es:

"Auch wir können, wenn wir nur wollen, wirken und agitieren; uns sind Agitationsmittel an die Hand gegeben, welche gerade den Männern fehlen. Beuten wir dieselben zu gunsten des Arbeitercandidaten aus, so gut wir können. Zwar wird manche Frau beim Lesen dieser Ziele sagen: "Was haben wir mit der Reichstagswahl zu schaffen, das ist eine Angelegenheit, welche die Männer und nicht uns angeht, laß deshalb diese wirken.' Wohl wissen wir Unterzeichnete, daß uns Frauen, wenn wir uns um politische Fragen bekümmern, die ganze öffentliche Meinung entgegensteht. Noch sind wir gesetzlich vom politischen Wirken ausgeschlossen. Dessen ungeachtet wollen wir bei dieser Neuwahl den Anfang machen, und unsere schwache Kraft einsetzen für die Befreiung des vierten, des Arbeiterstandes. Wir wollen unseren Männern beim Wahlkampfe zur Seite stehen. - Indem wir dies thun, beginnen wir den eigenen Befreiungskampf! - Frauen! noch immer stehen wir wirthschaftlich und politisch unter Vormundschaft; an uns selbst liegt es, zu zeigen, daß wir dieselbe nicht mehr wollen. Also auf zur Thätigkeit am Wahltage!"33

Um die Stimmen der kleinbürgerlichen Geschäftsleute und Handwerker wurde in Altona bei der Stichwahl ein erbitterter Kampf geführt, denn sie waren ausschlaggebend für den möglichen Erfolg des sozialdemokratischen Kandidaten. Ein wichtiges Kampfmittel der Frauen war dabei der Boykott von Geschäften, deren Besitzer offen für die Wahl von Professor Karsten, dem liberalen Kandidaten, eintraten. Solche Leute sollten

<sup>28</sup> ASD Molkenbuhr, Erinnerungen, H. S. 162ff

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Laufenberg, Bd.I, S. 476. Auch nach dem Ende des Sozialistengesetzes verbot die Polizei 1892 die Teilnahme von Frauen an der Lassallefeier der Sozialdemokraten, die daraufhin als öffentliche Versammlung abgehalten wurde. Vgl.: Altonaer Nachrichten (AN) 27.8.1892.

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Vgl. Arno Herzig, Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein in der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1979, S. 134 ff.

<sup>31</sup> AN 2.12.1873.

<sup>32</sup> Laufenberg, Bd.I, S.476.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Hamburg-Altonaer Volksblatt (HAVB) 14.2.1877. Wilhelm Hasenclever hatte sein im Januar 1877 im 8. Wahlkreis wiedergewonnenes Mandat nicht angenommen und zog als Vertreter eines Berliner Wahlkreises in den Reichstag ein. Hartmann war für die notwendige Neuwahl nominiert worden.

gemieden und der notwendige Lebensbedarf nur bei Gesinnungsgenossen eingekauft werden.<sup>34</sup> Mit diesem sozialen Druckmittel versuchten die Altonaer Frauen, ihren politischen Einfluß in ihrer Rolle als "Hausfrauen" wahrzunehmen.

Ein Aufruf der "Frauen und Töchter der Hamburger Arbeiter" an die Arbeiter-Frauen Altonas forderte diese auf, bis zum Wahltag am 1. März weiterzuarbeiten und vor allem bei denjenigen für Hartmann zu agitieren, die der Wahl fernbleiben wollten.

"Ihr Frauen Altonas, gedenkt des Looses, welches Euch durch die Herrschaft des Liberalismus zugefallen ist — Frauenarbeit, welch schreckliches Wort, wenn man das schwache Weib in den Fabriken als Sclavin bei den Maschinen angespannt sehen muß. Oder wenn man sieht, wie die armen "Sacknäherinnen" mit ihrer schweren Bürde durch die Straßen keuchen, um bei allerelendestem Verdienst und 15- bis 18 stündiger Arbeit frühzeitig der Schwindsucht zum Opfer zu fallen. Wem würde beim Anblick dieser Altonaer Frauen nicht das Herz gerührt? Diejenigen aber, welche durch den Gewinn, den sie aus der Arbeit jener Bedauernswerthen ziehen, in glänzenden Equipagen fahren können, sie und ihres Gleichen, die es ebenso machen, sind die eifrigsten Agitatoren für Professor Karsten. — Diese Zustände, diese wirthschaftlichen Mißstände zu erhalten, ist ihr Bestreben.

Darum Ihr Frauen Altona's, lasset auch Ihr am 1. März, wenn der Wahltag ist, Euer Werk ruhen, geht den Männern mit gutem Beispiel voran und zeigt, daß, wenn Ihr auch nicht wählen könnt, Ihr doch im Stande seid, wie es noch kein Agitator durch die beste Rede vermocht, die trägen, lässigen und zweifelhaften Männer zu bewegen, in Eurem, ihrem, und unser aller Interesse ihre Stimme für den Arbeiter-Candidaten Georg Wilhelm Hartmann abzugeben."35

Auf einer Versammlung des Arbeiter-Frauen- und Mädchen-Vereins in Hamburg referierte der bei der Stichwahl in Altona unterlegene Hartmann über "Die Lage der Frauen in der heutigen Gesellschaft". Er warnte die anwesenden Frauen, den Gegnern zu glauben, die behaupteten, die Sozialdemokraten würden die Ehe, die Familie, das Eigentum und überhaupt alles Sittliche und Moralische zerstören. Gerade die Sozialdemokraten seien es, welche dies alles wieder einführen wollten. Hartmann betonte, "daß der natürliche Beruf des Weibes nur der sei, dem von ihr gewählten Mann ein gemütliches Heim zu bereiten, die Kinder zu erziehen, für deren leibliches sowie geistiges Wohl Sorge zu tragen und dem Hauswesen obzuwalten. Wie sie dann auch arbeite und in jeder Hinsicht ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft sei. Dem Manne obliege es, für den Lebensunterhalt zu sorgen und könne er dies unter einer vernünftig geregelten Production gar wohl, und Frau und Kind würden nicht nötig haben, mit zu verdienen."36

Positionen, wie Hartmann sie in seinem mit starkem Beifall bedachten Referat darstellt, geben den "proletarischen Antife-

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> HAVB 18.2.1877. Ähnliche Vorschläge wurde u.a. von Ottlie Baader noch auf dem Parteitag der SPD 1908 in Nürnberg gemacht. Vgl.: Evans, S. 262.

<sup>35</sup> HAVB 28.2.1877.

<sup>36</sup> HAVB 17.4.1877.



minismus" treffend wider, wie er vor allem für Lassalleaner typisch gewesen ist.37 Deutlich wird in dem Zitat auch, daß die Tätigkeiten von Frauen auf die typisch "weibliche Sphäre" eingeschränkt werden sollte. Die Möglichkeit, daß Erwerbsarbeit auch die ökonomische Emanzipation der Frau vom Mann bedeuten kann, wurde nicht gesehen. Frauenarbeit galt als ein soziales Problem im Kapitalismus und nicht als ein Element der bürgerlichen Gleichberechtigung von Frauen. Zudem war eine eigenständige politische Tätigkeit in der männerdominierten Arbeiterbewegung selbst für die Frauen von Sozialdemokraten nur schwer zu verwirklichen. An die Ehefrauen der Parteimitglieder wurde vor allem die Forderung gestellt, die Männer in ihrer politischen Aktivität nicht zu hindern. Selbst aktive Frauen nahmen diese Position ein und forderten ihre Genossinnen dazu auf, "die Männer nicht von Besuchen sozialdemokratischer Versammlungen abzuhalten."38 Den Frauen kam in der Arbeiterbewegung 1870er Jahre nur die Rolle der "Marketenderinnen im Tross" zu, die der Partei zuzuarbeiten hatten. 39

Mit dem oben zitierten Aufruf "An die Arbeiter- und Kleinbürgerfrauen Altonas" begannen die ersten Altonaer Sozialdemokratinnen, ihre Funktion als bloße Zuarbeiterinnen der Partei zu verlassen und eigene Positionen für ihren "Befreiungskampf" von wirtschaftlicher und politischer Bevormundung zu entwickeln. Der Allgemeine Frauen- und Mädchen-Verein von Altona, Ottensen und Umgegend, der nach den Aktivitäten in den Wahlkämpfen des Jahres 1877 gegrün-

Altonaer Sozialdemokraten ca. 1904/05 mit ihren Familien während einer Wanderung in die Rissner Heide. Solche Ausflüge gehörten seit den 1870er Jahren zum sozialdemokratischen Parteileben. Die Ehefrauen der Mitglieder wurden so, da sie bis 1908 nicht in politischen Parteien eintreten durften, in die Partei integriert. Foto: Altonaer Museum.

<sup>37</sup> Thönnessen, S. 14.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Helga Kutz-Bauer, Arbeiterschaft, S. 234.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Helga Kutz-Bauer, "Der Bahn, der kühnen, folgen wir, die uns geführt Lassalle". Von der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: Ulrich Bauche u.a. (Hrsg.), "Wir sind die Kraft". Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945, Hamburg 1988, S. 42.

- <sup>40</sup> Laufenberg, Bd.I, S. 620f. Abdruck des gesamten Statuts.
- <sup>41</sup> HAVB 1.4.1877. Abdruck des Statuts bei Laufenberg, Bd.I, S.621.
- 42 HAVB 3.2.1878.
- <sup>43</sup> Kutz-Bauer, Arbeiterschaft, S. 235.
- 44 LAS 309.311 Polizeiamt Ottensen vom 27.9.1879.
- 45 LAS 309.311 Polizeiamt Ottensen vom 3.10.1879.
- 46 StaHH Altona 40, Nr. 113.
- 47 AN 31.7. und 5.8.1894.
- 48 Evans, S. 63.
- 49 Kutz-Bauer, Arbeiterschaft, S. 236.

det wurde, ist ein Hinweis auf den Aufschwung der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Aufgrund seiner Satzung hatte dieser Verein zwei Zwecke, zum einen die Hebung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder und zum anderen die gegenseitige Unterstützung bei Lohnstreitigkeiten. 40 Mit dem Aufbau einer Bibliothek und "populären nichtpolitischen Vorträgen" sollten diese Ziele erreicht werden. Parallel zum Frauen-und Mädchen-Verein entstanden in Altona und Ottensen auch Krankenkassen für Frauen.41 Der Beitrag betrug für die Mitglieder 10 Pfennig in der Woche und für jedes mitversicherte Kind zwei Pfennig. Leistungen konnten nach 13-wöchiger, und eine von der Vereinigung engagierte Hebamme erst nach 40-wöchiger Mitgliedschaft beansprucht werden. Der in Ottensen gegründeten Kasse traten trotz dieser sicherlich relativ günstigen Bedingungen nur wenige Frauen bei.42 Weitere Schritte auf dem Weg zu selbständigen proletarischen Frauenorganisationen wurden 1878 durch den Erlaß des Sozialistengesetzes zunächst verhindert.43

Es ist zu vermuten, daß gewachsenes politisches Bewußtsein aufrechterhalten wurde, denn ein eigenständiges Kassenwesen behielten sozialdemokratisch orientierte Frauen zwischen 1878 und 1890 bei. Das Polizeiamt in Ottensen ging 1879 davon aus, daß die Kassengründungen sozialdemokratisch beeinflußt waren. Es schien den überwachenden Beamten so, "als wenn die Tätigkeit der Mehrzahl der Mitglieder sich in letzter Zeit auf die Einrichtung der Taback-Arbeiter Kranken- und Sterbekasse wie auch der Frauen- und Mädchenkrankenkasse beschränkt hat ... "44 Im Oktober 1879 entstand in Ottensen eine Krankenund Sterbekasse für Frauen mit dem Namen "Hand in Hand".45 Ende 1883 gehörten ihr 436 Mitglieder an.46 Da zunehmend nicht mehr versicherungspflichtige, ältere Ehefrauen den Mitgliederstamm der Kasse ausmachten und die Generalversammlung im März 1887 eine notwendige Erhöhung des Beitrages auf 45 Pfennige wöchentlich ablehnte, wurde von der Mitgliederversammlung die Löschung von "Hand in Hand" aus dem Register der eingetragenen Hilfskassen beantragt. Als freie Hilfskasse bestand "Hand in Hand" bis mindestens 1894 weiter, da in diesem Jahr noch eine Generalversammlung abgehalten wurde.47

Der im November 1885 gegründete Verein für Vertretung der gewerblichen Interessen der Frauen und Mädchen Hamburgs dehnte sich im August des folgenden Jahres auch auf Altona aus. 48 Dieser von Sozialdemokratinnen gegründete Verein war ausgesprochen politisch. Denn nicht nur die Unterstützung der gewerblichen Interessen der Mitglieder, sondern auch "Aufklärungs- und Erziehungsarbeit im Sinne der Partei"49 war Ziel dieses Zusammenschlusses, der bis zum Juni 1892 existierte.

"... wegen Übertretung des Vereinsgesetzes ..." Am 7. Juni 1895 berichtet die Abendausgabe der Altonaer Nachrichten in ihrer Rubrik "Vaterstädtisches und Unterhaltendes" ausführlich über die vormittägliche Sitzung des Schöffengerichtes:

"Ein buntes, hier noch nicht gesehenes Bild bot heute Vormittag der Sitzungssaal des Schwurgerichts, in welchem die Anklage gegen 101 Frauen und Mädchen wegen Übertretung des Vereinsgesetzes verhandelt wurde. Es kostete Mühe, in dem an und für sich schon räumlich beschränkten Schwurgerichtssaal eine so große Anzahl Angeschuldigter unterzubringen. Nicht allein die Anklagebank, sondern auch die Sitze, auf denen sonst die Geschworenen ihres Amtes walten, die Plätze für die Sachverständigen sowie sämtliche Zeugenbänke und ein Theil der Zuhörer Tribüne mußten zu Hülfe genommen werden.

Den Vorsitz führte Amtsrichter von Dühring. Die Staatsanwaltschaft war durch Amtsanwalt Borlund vertreten. Als Schöffen fungierten Gastwirth Breckwoldt und Fettwaarenhändler Bühring. Die Vertheidigung befand sich in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Suse — Hamburg. Unter den Ange-klagten waren alle Altersklassen vertreten. Junge Mädchen im Alter von kaum 17 Jahren saßen neben Frauen, die wohl an 50 Jahre alt sein mochten. Die Feststellung der Personalien der Angeklagten dauerte fast 1 1/2 Stunden, und kamen beim Namensaufruf wiederholt Verwechslungen vor, weil verschiedentlich Angeklagte den gleichen Namen führen. ... Eine Anzahl angeklagter Frauen und Mädchen war nicht erschienen und wurde gegen diese in ihrer Abwesenheit verhandelt. Alle 101 schienen nach der Anklage hinreichend verdächtig, zu Altona in den Jahren 1894 und 1895 in den Centralverein der Frauen und Mädchen Deutschlands, Zahlstelle Ottensen, einen Verein, der bezweckt, politische Versammlungen abzuhalten, sich aufnehmen lassen zu haben. ... Der Vorsitzende richtete an die Angeklagten die Frage, ob sie dem Rechtsanwalt Dr. Suse Vollmacht ertheilen wollen, sie zu vertreten. Die meisten antworteten bejahend, während einige Frauen und Mädchen erklärten, daß sie sich selbst vertheidigen wollten, wieder andere riefen unter allgemeiner Heiterkeit: "Da haben wir kein Geld zu!', beruhigten sich aber, nachdem Dr. Suse erklärte, daß die Vertheidigung Nichts kosten solle.

Zur Sache selbst erklärten eine größere Anzahl Angeklagter, daß sie im Jahre 1893 ausgetreten seien. Die politischen Angelegenheiten seien nicht in Vereins-, sondern in öffentlichen Versammlungen besprochen. Die Militärvorlage, die politischen Rechte der Frauen u.s.w. seien nur in öffentlichen Versammlungen erörtert worden. Von der Zahlstelle sei dies nicht ausgegangen.

Der Staatsanwalt beantragte, Beweis dafür zu erheben, inwieweit diese Versammlungen als politische anzusehen seien. Dem Antrage wurde Folge gegeben. Eine größere Anzahl Angeklagter wurde hierauf entlassen, da ihre weitere Vernehmung überflüssig erschien. Das Schöffengericht beschloß, die Polizeiacten in dieser Sache zu requiriren, aus denselben die Anund Abmeldungen der einzelnen Mitglieder festzustellen und zu diesem Zwecke die Verhandlung auszusetzen."50

Einen Monat später wurde nach der Vertagung der Verhandlung vor dem Schöffengericht das Urteil gegen die Angeklagten verkündet: Gewerkschaftliche Frauenorganisationen in Altona-Ottensen

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> AN vom 7.6.1895. Siehe auch: Hamburger Echo (HE), 13.6.1895.

"... In den Versammlungen des Vereins ist die Militärvorlage, das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz usw. besprochen worden, außerdem hat der Redner behauptet, daß Subalternbeamte abgesetzt würden, wenn sie Socialdemokraten wären … Der Vertheidiger … bestritt, daß der Verein ein politischer sei; man müsse nicht alles, was über das Haus hinausgehe, als Politik auffassen, den Frauen und Mädchen könne nicht das Recht abgesprochen werden, über Sachen zu reden, die ihnen nahe liegen, wie Invaliditäts- und Altersversicherung … Das Schöffengericht erkannte gegen 121 Angeklagte auf je 15 Mark Geldstrafe, event. 3 Tage Haft. Auch wurde die Schließung des Centralvereins der Frauen und Mädchen Deutschlands, Zahlstelle Ottensen, ausgesprochen. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen."

Der Zentralverein der Frauen und Mädchen Deutschlands, dem als Mitglieder anzugehören die zunächst 101 Frauen im Prozeß beschuldigt wurden, war im Juni 1892 in Hamburg gegründet worden, um die gewerkschaftlichen Interessen von Frauen zu vertreten. Als Vereinszweck wurde angegeben: "Allseitige Vertretung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder."52 Kurz zuvor war allerdings auf dem Gewerkschaftskongreß von Halberstadt beschlossen worden, daß keine separaten Frauengewerkschaften gebildet werden sollten. Den Arbeiter-Frauen wurde empfohlen, sich den bestehenden gewerkschaftlichen und soweit möglich, den politischen Organisationen der Arbeiterbewegung anzuschließen. In diesem Sinne sprachen sich auch die in Halberstadt anwesenden Beauftragten der Arbeiterinnenorganisationen aus.53 Eine Wortführerin dieser Position war die Hamburgerin Helma Steinbach. Vor 200 Anwesenden warnte Frau Steinbach im Januar 1893 auf einer öffentlichen Versammlung in Altona vor der Gründung von gewerblichen Frauenvereinen. Sie forderte in ihrem Vortrag die Verbände der Schneider und Schuhmacher auf, die in ihrer Branche beschäftigten Frauen in ihre Vereinigungen aufzunehmen. Vor allem die nichtgelernten Arbeiterinnen und Arbeiter müßten sich zusammenschließen, wenn sie ihre schlechte soziale Lage verbessern wollten.54

Zwischen 1889 und 1892 existierte in Altona-Ottensen mit der Mitgliedschaft des Centralverbandes der Hand- und Fabrikarbeiterinnen eine nicht unumstrittene gewerkschaftliche Organisation für Frauen. Schon die Gründungsversammlung war von Differenzen zwischen den Initiatorinnen um die Hamburgerin Louise Blohm und die Mitglieder des 1887 gegründeten Altonaer Frauen- und Mädchenvereins, die die Neugründung ablehnten, gekennzeichnet. Die Gründerinnen des neuen Zentralvereins führten 1892 an, die Bildung einer besonderen Organisation für Arbeiterinnen sei deshalb notwendig,

"da ein Theil von ihnen Berufen nachginge, in denen keine Männer beschäftigt wären, mithin keine Organisation derselben beständen, ferner weil es vielen Frauen und Mädchen aufgrund der verschiedenen Vereinsgesetze unmöglich sei, irgend-

<sup>51</sup> AN 12.7.1895.

<sup>52</sup> StaHH 331-3 V 469 Statut des Zentralvereins der Frauen und Mädchen Deutschlands 1892, S. 2.

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Willy Albrecht, Fachverein-Berufsgewerkschaft-Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870-1890, Bonn 1982, S. 525f.

<sup>54</sup> AN 19.1.1893.

<sup>55</sup> An 24.5.1889. Zu Hamburg vgl. Evans, S. 65ff.

einer Organisation anzugehören, die sich mit öffentlichen oder gar politischen Angelegenheiten beschäftigt, und schließlich ..., weil ein großer, ja der größte Theil der Frauen und Mädchen noch nicht genügend Verständniß besitze, um sich an derartigen gemischten Organisationen betheiligen zu können."56

Zweigvereine wurden bis 1893 in den Industrievororten Hamburgs und auch in Lübeck gegründet. In die Zahlstelle Ottensen traten bis 1894 insgesamt 150 Frauen ein. Dies war die größte Untergliederung des gesamten Vereins, der maximal aber nur 350 weibliche Mitglieder umfaßte. Als eigenständige Lokalorganisation bestand die Zahlstelle Ottensen auch weiter, nachdem sich der Hamburger Zentralverein wegen mangelnder Beteiligung seiner wenigen Mitglieder Mitte 1894 aufgelöst hatte.57 In den regelmäßigen Mitgliederversammlungen wurden Vorträge von männlichen und weiblichen Referenten gehalten. Die Liste der Referate umfaßte Themen wie "Die Frauenorganisation", "Die Prostitution", "Der Gottesbegriff", "Kulturgeschichtliche Streifzüge". Vertreten wurde in den Referaten zumeist eine dem bürgerlich-liberalen Feminismus entlehnte Position, die in der sozialdemokratischen Frauenbewegung nicht unumstritten war.58 Die Hamburger Leiterinnen des Zentralvereins forderten auf den Versammlungen u.a. die Behandlung von Frauenkrankheiten durch Ärztinnen und die dafür notwendige Zulassung von Frauen zum Studium der Medizin. Kritisiert wurde die doppelte bürgerliche Sexualmoral, wie sie die staatliche Regelung der Prostitution verdeutlichte. Auch in der Behandlung dieses Themenbereiches werden Anknüpfungspunkte zum radikalen bürgerlichen Flügel der Frauenbewegung deutlich, der sich gegen eine staatliche Institutionalisierung der Prostitution aussprach.59 Schon vor dem dargestellten Massenprozeß gegen sämtliche Mitglieder gingen im Januar 1895 die preußischen Behörden erstmals gegen die Filiale des Zentralvereins in Ottensen vor. Vier Frauen aus dem Vorstand wurden wegen Übertretung des Vereinsgesetzes vor Gericht gestellt und auch verurteilt, da der Verein angeblich Politik betrieben habe. 60 Einige Mitglieder gründeten im Frühjahr 1895 einen vom Zentralverein unabhängigen Frauen- und Mädchenbildungsverein Vorwärts und beschlossen, die Ottenser Zahlstelle aufzulösen.61 Da diese Neugründung den Bemühungen um eine Zentralisation der Frauenbewegung entgegenstand, kam es zu längeren polemischen Auseinandersetzungen, die zu einer Entlassung des Zweigstellenkomitees führten. Vor allem die Endphase in der Geschichte der Zahlstelle Ottensen scheint — wie in vielen Frauenvereinen üblich — von Rivalitäten und Streitigkeiten überschattet gewesen zu sein.62 Im Gegensatz zum Zentralverein bestand der Bildungsverein auch nach 1895 weiter und wird zwei Jahre später in einem Bericht über die proletarische Frauenbewegung in Schleswig-Holstein zusammen mit dem Kieler Frauenbildungsverein sogar als eine vorbildliche Organisation bezeichnet.63 Frauen, die keiner anderen Organisation angehörten, wurde in Ottensen auf Versammlungen

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> Die Gleichheit von 10.8.1892.

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Schon im Mai war in Hamburg die Gründung einer selbständigen Lokalorganisation in Ottensen angekündigt worden für den Fall, daß der Zentralverein sich auflöse. StaHH PP 331-3 V 469, Versammlungsbericht 23.5.1894.

<sup>58</sup> Evans, S. 75.

<sup>&</sup>lt;sup>59</sup> Vgl.: Mechthild Deutelmoser, Birgit Ebert; "Leichte Mädchen", hohe Herren und energische Frauen. Die Hamburger Frauenbewegung im Kampf gegen Prostitution und Doppelmoral 1896-1908, in: Jörg Berlin (Hrsg.), Das andere Hamburg, Köln 1981, S. 140-161.

<sup>60</sup> Die Gleichheit, 20.2.1895,

<sup>61</sup> AN 24.1.1895.

<sup>62</sup> Evans, S. 77.

<sup>63</sup> Die Gleichheit, 20.1.1897.

Achtung!

Achtung!

# Frauen!

Mittwoch, den 6. Januar 1897

Abends 81/2 Zlhr

# Versammlungen der Frauen

in folgenden Lotalen:

Barmbecker Cafino, Hamburgerstr. Hamburger Ballhaus, Renst. Renstr. 24 Aluth, Ottensen, Bahrenselderstraße.

Tages=Gronung:

Was haben die Franen beim gegenwärtigen Streif der Hafenarbeiter und Scelente zu thun?

Also, Ihr Francu, kommt Alle in die obigen Versammlungen!

Die Streikleitung.

empfohlen, sich dem Bildungsverein anzuschließen, da sie nicht Mitglieder der politisch orientierten sozialdemokratischen Vereine werden dürften.<sup>64</sup>

In der Frauenerwerbstätigkeit sahen viele Sozialdemokratinnen den Schlüssel für die "Emanzipation vom Kochtopf", wie Clara Zetkin es 1889 formulierte.65 Frauen waren in Altona hauptsächlich im Kleingewerbe als Ladenmädchen, Schneiderinnen, Näherinnen, Plätterinnen und Kellnerinnen beschäftigt oder arbeiteten als Dienstmädchen. Fabrikarbeiterinnen gab es in der Textilindustrie, den Kaffeesortieranstalten und der Fischverarbeitung. Die Herstellung von Zigarren war in den 1890er Jahren in Altona-Ottensen noch nicht so stark von Frauen besetzt wie in anderen Regionen. 1895 waren hier erst 13,1 % aller Arbeitskräfte in der Tabakverarbeitung Frauen. Auch in der dieses Gewerbe dominierenden Heimindustrie gab es nur 20,4% Frauen.66 Alle typischen Frauenarbeitsplätze setzten keinerlei Ausbildung voraus. Obwohl in der Regel ungelernte Arbeitskräfte schwerer zu organisieren waren, entwickelten in den 1890er Jahren vor allem die Kaffeeverleserinnen in Altona ein starkes gewerkschaftliches Bewußtsein und streikten mehrmals wegen der zu geringen Löhne.67

Der Hamburger Hafenarbeiterstreik von 1896/97 fand bei den Frauen in Altona-Ottensen große Unterstützung und trug zu ihrer Politisierung bei. Luise Zietz trat bei den Frauenversammlungen erstmals als Rednerin auf und forderte dazu auf, den Männern bei ihrem Ausstand "treu zur Seite" zu stehen. Diese Unterstützung der Frauen habe, so sagte sie auf dem Hamburger Parteitag im Oktober 1897, wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Hafenarbeiter fester organisierten. 68

Auf dem Provinzial-Parteitag der schleswig-holsteinischen SPD in Neumünster 1904 stellte die Rednerin Luise Zietz die Agitation unter den Frauen als sehr mangelhaft dar. Sie warf den männlichen Parteimitgliedern Untätigkeit in diesem Bereich vor.69 In diesem relativen Informationsvakuum kam den weiblichen Vertrauenspersonen in der SPD eine äußerst wichtige Aufgabe zu. Sie sollten durch Agitation der Partei neue Anhängerinnen gewinnen und durch Aufklärungsarbeit die Lage der Frauen verbessern helfen. Dies geschah durch Einberufung von Versammlungen mit wirtschaftlichen und politischen Themen, Vortrags- oder Agitationsreisen, die Herausgabe von Broschüren und Flugblättern sowie die Sammlung von Material über die Lage der Arbeiterinnen. 1905 wurde die Funktion "weibliche Vertrauensperson" ins Jenaer Organisationsstatut der SPD aufgenommen (§10) und damit dem wachsenden Anteil der Frauen an der politischen Arbeit Rechnung getragen. 1890 hatte das Hallenser Organisationsstatut lediglich Vertrauensmänner vorgesehen. Auf dem Berliner Parteitag wurde 1892 dem Antrag entsprochen, die Bezeichnung "Vertrauensmänner" durch "Vertrauensperson" zu ersetzen.70 Offizielle Parteimitglieder konnten die Frauen noch nicht werden. Das Zahlen freiwilliger Mitgliedsbeiträge war allerdings erlaubt. Seit dem 1. Juli 1904 gab es schließlich die InstiZur Abbildung vorherige Seite: Auf der angekündigten Frauenversammlung in Ottensen trat Luise Zietz als Rednerin auf.

### Die weiblichen Vertrauenspersonen

<sup>64</sup> AN 7.4.1897. 1895 hatte der Bildungsverein Vorwärts allerdings erst 43 weibliche Mitglieder. Siehe: LAS 309.12538 Verzeichnis der sozialdemokratischen Vereine in Altona.

65 Clara Zetkin, Die Arbeiterinnenund Frauenfrage der Gegenwart. Berliner Arbeiterbibliothek (Hrsg.: Max Schippel), H. II, Berlin 1889, S. 7.

66 Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Altona in den Jahren von 1863-1900, T.2, Altona 1906, S. 74f. Nicht erfaßt sind in der Statistik die mitarbeitenden Frauen von heimindustriellen Einzelarbeitern.

67 AN 29.4.1892 und LAS 309.12541 Übersicht betr. Ausschreitungen bei Arbeiterausständen 1898.

68 AN 8.1.1897, Vgl. Michael Grüttner, Arbeitswelt an der Wasserkante. Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1886-1914, Göttingen 1984, S. 171f, 294.

69 Paetau, S. 103.

Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914, S. 176.

tution einer bezahlten Zentralvertrauensperson; Ottilie Baader übernahm dieses Amt. Um den Ausbau des weiblichen Vertrauenspersonensystems zu gewährleisten, wurde auf öffentlichen Frauenversammlungen immer wieder dazu aufgefordert, in den einzelnen Wahlkreisen Vertrauenspersonen zu wählen, damit diese - quasi im Schneeballverfahren - durch Agitation zur Wahl weiterer Vertrauenspersonen auffordern konnten. In Altona wurde erstmals im Januar 1896 auf einer öffentlichen Frauen- und Mädchenversammlung mit Linchen Baumann (1868-1950) eine Vertrauensperson gewählt. Die anwesenden männlichen Genossen hatten in der Diskussion vor allem vor der Gründung eines selbständigen Frauenvereins gewarnt.<sup>72</sup> Frau Baumann wurde damit beauftragt, "dafür zu sorgen, daß hin und wieder öffentliche Versammlungen abgehalten werden, in denen Frauen und Mädchen ihre wirtschaftliche und politische Lage klar gelegt werden soll."73 Sie nahm damit die Aufgabe der alten Frauenagitationskommission wahr. In Ottensen gab es mit Frau Peeck ebenfalls schon früh eine Vertrauensperson. Nach der ersten Konferenz sozialdemokratischer Frauen, die 1900 in Mainz stattfand, wählten die Ottensenerinnen mit Frau Lichtenberg eine neue Vertrauensperson.74

Auf der Mainzer Konferenz war zur Wahl von Vertrauenspersonen aufgerufen worden. 1901 gab es erst 25 weibliche Vertrauenspersonen, von denen fünf aus Schleswig-Holstein kamen (Altona, Kiel, Ottensen, Preetz, Wandsbek).75 Vier Jahre später kamen die neun schleswig-holsteinischen Vertrauenspersonen aus Altona, Flensburg, Gaarden, Glückstadt, Kiel, Ottensen, Neumünster, Preetz und Rendsburg. Insgesamt waren in diesem Jahre in 158 Orten weibliche Vertrauenspersonen gewählt worden.76 Bis 1907 war deren Anzahl auf 407 angewachsen.77 Einen anschaulichen Einblick in die konkrete Arbeit der Vertrauenspersonen bietet der Rechenschaftsbericht Ottilie Baaders über ihre erste Amtsperiode 1904/05: Obgleich viele Frauen immer noch durch das Vereinsgesetz an offener politischer Betätigung gehindert wurden, schlossen sie sich doch zu lose organisierten Gruppen zusammen. Lese- und Diskussionsabende dienten zur Schulung der Genossinnen; gelesen wurden Artikel aus der "Gleichheit", das kommunistische Manifest, Texte von Kautsky, Schoenlank und andere theoretische Grundsatzschriften des Sozialismus. Diskutiert wurden Themen wie Schulfragen, der Kampf der Bergleute, die Steigerung der Lebensmittelpreise oder die Forderung nach Mutterund Säuglingsschutz als Aufgabe der Kommunen.

Die eher unpolitischen Bildungsvereine leisteten auf anderer Ebene Aufklärungsarbeit: Ärzte, Hygieniker, Künstler, Schriftsteller usw. hielten dort ihre Vorträge, z.B. über Erziehungsfragen oder die Armen- und Waisenpflege; Werke von Holbein oder Rembrandt wurden vorgestellt oder aus den Werken der Klassiker rezitiert.

In Hamburg und Altona-Ottensen, so die Einschätzung Ottilie Baaders, waren die politischen Aktionen im Berichtsjahr besonders erfolgreich verlaufen: dort hatten die Agitatorinnen in den Versammlungen unter den Arbeiterinnen der Fischindu-

<sup>71</sup> Albrecht u.a., S. 486.

<sup>72</sup> Die Gleichheit 19.2.1896.

<sup>73</sup> AN 11.1.1896.

<sup>74</sup> Die Gleichheit 15.12.1900. Altona und Ottensen waren auf der Konferenz mit delegierten Frauen vertreten.

<sup>75</sup> Die Gleichheit 2.1.1901.

<sup>76</sup> Die Gleichheit 23.8.1905.

<sup>77</sup> Albrecht u.a., S. 486.

strie für die Verkürzung der Arbeitszeit und den Achtstundentag sowie für die gewerkschaftliche Organisation Propaganda gemacht:

"Soviel wie bekannt wurde, mit dem Erfolg, daß eine größere Anzahl in der Fischindustrie tätiger Frauen sich der gewerkschaftlichen Organisation anschlossen. Die in dieser Industrie üblichen niedrigen Löhne und andere Übelstände sind geradezu empörend. Damit das bei den amtlichen Erhebungen gewonnene Material Verwendung finden kann, wurde der stenographische Bericht des Beirats aus der Zentralkasse für unsere Agitatorinnen gekauft. Die Erhebungen in den Plättereien und Wäschereien haben bisher noch nicht stattgefunden. Unsere Genossinen warten indes nicht; in den Wasch- und Plättanstalten Hamburg-Altonas und anderer Orte stellten sie selbst Erhebungen an. Schlimme Zustände kamen dabei ans Tageslicht, deren Kenntnis für die Agitation von großem Vorteil ist".78

Für die Schulung der Agitatorinnen wurden im Auftrag der Zentralvertrauensperson u.a. Parteitagsprotokolle, Erläuterungen zum Programm der Sozialdemokratie, Gesetzestexte, aber auch 280 Broschüren aus der "Gesundheitsbibliothek" angeschafft und an Vertrauenspersonen verteilt. Aus diesen Publikationen und den beschriebenen eigenen Erhebungen bereiteten diese dann ihre Vorträge auf den Frauenveranstaltungen vor.

Ein Sozialdemokratischer Wahlverein für Frauen Altonas konnte erstmals für die Dauer der Wahlperiode im Jahre 1903 gegründet werden. Bei den männlichen Referenten auf der Versammlung war die Gründung umstritten. Heinrich Bürger ging in seinem Referat davon aus, daß es nützlich sei, eine eigene politische Organisation zu gründen. In dieser müßten die Frauen dann selbst ihre Stimme erheben und für mehr Rechte kämpfen. Herr Sievers empfahl, nicht getrennt, sondern gemeinsam mit den Männern zu agitieren.79 Nach kontroverser Diskussion unter den 98 anwesenden Frauen sprach sich eine knappe Mehrheit für die von Linchen Baumann vorgeschlagene Gründung aus. Bis zu seiner Auflösung am Wahltage traten ihm 104 Frauen bei. Dies sei, so schrieb die "Gleichheit", "ein nicht zu drehendes und deutelndes Anzeichen mehr dafür, daß die proletarischen Frauen sich nicht mit einem vereinsgesetzlichen Eintagsrecht begnügen können und wollen, sondern ihre volle politische Gleichberechtigung fordern und auch erkämpfen werden."80

Frauen, die sich vor 1908 politisch für die Sozialdemokratie entschieden, waren zunächst vor allem die Ehefrauen der Mitglieder, konnten freiwillige Beiträge an die Partei entrichten. Im Altona/Stormarner Wahlkreis taten dies 1905/06 regelmäßig 405 Frauen. <sup>81</sup> Im 6. Wahlkreis Ottensen/Pinneberg verzeichnete die Vertrauensperson Schönfelder im Jahresbericht 1907/08 insgesamt 1267 Frauen mit freiwilligen Beiträgen. <sup>82</sup> Eine reguläre Parteimitgliedschaft im Agitationsbezirk Schleswig-Holstein erwarben 1909 insgesamt 4.984 Frauen bei insgesamt 38.350 Mitgliedern. Die Zahl der Mitglieder stieg bis 1914 auf 11.044 Frauen und 43.993 Männer, zusammen 55.037 Personen an. <sup>83</sup>

<sup>78</sup> Die Gleichheit 23.8.1905 (Beilage).

<sup>&</sup>lt;sup>79</sup> LAS 309.12526 Polizeiamt Altona vom 28. 4.1903.

<sup>80</sup> Die Gleichheit 29.7.1903.

<sup>&</sup>lt;sup>81</sup> Jahresbericht des Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereins für den achten und zehnten schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis für den Zeitraum vom 1. Juli 1905 bis zum 30. Juni 1906, Hamburg o.J., S. 30.

<sup>&</sup>lt;sup>82</sup> Jahresbericht des Zentralvorstandes des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den sechsten schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis für den Zeitraum vom 1. Juli 1907 bis zum 30. Juni 1908, Ottensen 1908, S. 29.

<sup>83</sup> Paetau, S. 494f.

### "Dien Modder, dat wör een Fru!"84

Zwischen sozialdemokratischer Agitation und feministischer Aufklärungsarbeit.

Im 6. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis, zu dem Ottensen gehörte, war Alma Wartenberg (1872-1928) nach 1902 die gewählte Kreisvertrauensperson. Ihre politische Arbeit soll im folgenden genauer vorgestellt werden. 1902 hatte Alma Wartenbergs politische Tätigkeit mit ihrer Wahl zur Kreisvertrauensperson begonnen. Vier Jahre blieb sie in diesem Amt. Während dieser Zeit entfaltete Alma Wartenberg große Aktivitäten. Sie bereiste schleswig-holsteinische Wahlkreise, um öffentliche Frauenversammlungen abzuhalten, auf denen Themen wie "Die Frauen und die Preußischen Landtagswahlen" oder "Die kulturelle Bedeutung der proletarischen Frauenbewegung" behandelt wurden. 85 1904 organisierte sie eine Agitationsreise von Ottilie Baader, die auf Frauenversammlungen u. a. in Pinneberg, Ottensen, Elmshorn, Glückstadt und Barmstedt sprach.86 Mit der Hausagitation in den Dörfern gelang es Alma Wartenberg, Abonnentinnen für die "Gleichheit" zu werben. Deren Zahl stieg im Kreis auf über 320. Für den 6. Wahlkreis berief Alma Wartenberg als Kreisvertrauensperson eigene Konferenzen der weiblichen örtlichen Vertrauenspersonen ein, um die Agitation zu besprechen.87

Darüber hinaus führten ihre Vortragsreisen Alma Wartenberg durch das gesamte Reichsgebiet. Wochenlang war sie unterwegs und erzielte Erfolge mit ihren Veranstaltungen. Zahlreiche Notizen in der "Gleichheit" weisen darauf hin. So agitierte sie z. B. im August 1905 in mehreren badischen Orten, um dort Frauen zum Eintritt in die SPD zu bewegen. In ihrem Referat forderte Alma Wartenberg die Frauen auf, "dem Manne im wirtschaftlichen und politischen Kampf eine treue Gefährtin zu sein, die Kinder im Sinne des Sozialismus zu erziehen und selbst — unberührt von dem Philistergeschwätz, daß die Frau sich nicht um Politik zu kümmern habe - furchtlos und treu im proletarischen Befreiungskampf ihre volle Schuldigkeit zu tun."88 Im Vordergrund ihrer Referate stand zu dieser Zeit noch, ganz im Sinne der proletarischen Frauenbewegung, der gemeinsame Kampf mit den Männern um die Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen für Frauen zum Besseren.

1904 nahm Alma Wartenberg als Delegierte an der Frauenkonferenz in Bremen und - als eine von nur 15 Genossinnen - am danach dort stattfindenden Parteitag teil. Obwohl die Parteileitung beschlossen hatte, daß sie eine Ansprache an die Delegierten halten sollte, sei dies aufgrund des Vereinsgesetzes nicht möglich gewesen, wie auf einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins in Ottensen berichtet wurde. 89 Auf der Frauenkonferenz berichtete Alma Wartenberg über die Ausbeutung von Kindern in der Heimarbeit der Tabakindustrie.90 Auf dem für die Verankerung der "weiblichen Vertrauenspersonen" in der Parteiarbeit wichtigen Jenaer Parteitag im Jahre 1905 war Alma Wartenberg ebenfalls anwesend. Im Oktober dieses Jahres vertrat sie Ottensen als weibliche Delegierte auf dem Provinzialparteitag in Elmshorn. Im dort abgestatteten Jahresbericht der Agitationskomission wird auf die Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung in Schleswig-Holstein hingewiesen. Dennoch zeigt sich in dem Bericht, daß

Wartenberg, Interview vom 23.12.1987. So äußerten sich noch lange nach ihrem Tode alte Parteifreunde aus Schleswig-Holstein gegenüber ihrem Sohn.

<sup>85</sup> LAS 309.12528, Polizeiamt Altona vom 21.10.1903.

<sup>85</sup> Und: LAS 309.12529, Polizeiamt Altona vom 25.1.1905.

<sup>86</sup> Die Gleichheit 16.11.1904.

<sup>87</sup> Die Gleichheit 20.9.1905.

<sup>88</sup> Die Gleichheit 4.10.1905. In Baden war Frauen politische T\u00e4tigkeit nicht untersagt.

<sup>89</sup> LAS 309.12529 Polizeiamt Altona vom 1.10.1904,

<sup>&</sup>lt;sup>90</sup> Bericht über die 3. Frauenkonferenz am 17. und 18. September zu Bremen, in: Protokoll des Bremer Parteitages der SPD von 18. bis 24. September 1904, Berlin 1904, S. 356. Vgl auch den Bericht von der Bremer Konferenz, in: Die Gleichheit 5.10.1904.

auch 1905 noch Politik vor allem als Männersache verstanden wurde, denn die unaufgeklärte Frau sei in jeder Hinsicht ein Hindernis für die aktive Beteiligung des Mannes an der Bewegung, wurde dort festgestellt.<sup>91</sup>

Wie kam 1902 eine Frau dazu, "in die Politik" zu gehen, Strapazen auf sich zu nehmen, immer wieder Frauen aufklären und für die eigenen politischen Vorstellungen gewinnen zu wollen und auch gegen das Vorurteil sozialdemokratischer Männer gegenüber der Frauenbewegung anzugehen? Zwei zentrale Erfahrungen werden dazu beigetragen haben. Schon die Mutter von Alma Wartenberg, Maria Stähr (1851-1926), war während der Zeit des Sozialistengesetzes im Frauenfortbildungsverein, später dann im Club Hoffnung in Ottensen tätig gewesen. Als sie 1926 starb, schrieb das Hamburger Echo: "Stets war sie eine der ersten, wenn es galt, Arbeit zu leisten für die sozialistische Arbeiterbewegung, und manches Opfer brachte sie ihr, obgleich sie als Mutter von zwölf Kindern vom Wohlstand wirklich nicht gesegnet war."92 Der Vater von Alma Wartenberg, Carl Stähr (1843-1932), war von Beruf Zigarrenmacher und schon im ADAV politisch aktiv gewesen. 1873 gehörte er zu den Mitbegründern des Arbeitergesangsvereines "Lassalle", einem der bekannsten sozialdemokratischen Vereine. Als Carl Stähr 1932 starb, stand in seinem Nachruf: "Mit Carl Stähr ist jetzt wohl der Älteste aus der Generation der Zigarrenmacher hingegangen, die mit Hermann Molkenbuhr, Rudolf Hackelberg und so vielen anderen lange Zeit das Rückgrat der Altona-Ottensener Parteibewegung bildeten ... Häufig war seine Wohnung der Zusammenkunftsort der Parteigenossen, wo die häufig lebhaften Diskussionen der damaligen Zeit geführt wurden."93 Gemeinsam waren die Ehepartner Stähr ab 1901 als Kolporteur des sozialdemokratischen Hamburger Echos tätig. Der Enkel Fritz Wartenberg beschreibt in seinen "Erinnerungen eines Mottenburgers", wie eine Familienfeier bei den Großeltern Stähr verlief:

"Wir Kinder vertrieben uns die Zeit mit Ratespielen und Geschichtenerzählen, möglichst abenteuerliche und grauslige … Indessen erzählten sich die Erwachsenen aus ihrem Familienund Arbeitsleben und der Politik. Alle waren überzeugte Sozialdemokraten. Die Männer erzählten von Erlebnissen bei der Landagitation, wenn sie mit Flugblättern in die schleswig-holsteinische Umgebung gezogen waren, zum Ärger der Gutsbesitzer und wohlhabendern Bauern, die sich oft handgreiflich der Werbung widersetzten."94

Alle Kinder der Stährs traten als Erwachsene aufgrund dieser familiären Prägung in die SPD ein. Aber nur die Tochter Alma entwickelte ein besonderes politisches Profil, welches über die "normale" Parteiarbeit hinausging.<sup>95</sup> Neben der elterlichen Familientradition hat für ihre Politisierung sicherlich auch die Umgebung, in der sie aufgewachsen ist, eine wichtige Funktion gehabt. Die Stährs und später auch die Familie Wartenberg lebten im 25. Stadtbezirk Altona-Ottensens. Das Viertel war die

- 91 Die Gleichheit 1.11.1905.
- 92 HE 8.3.1926.
- 93 HE 12.9.1932.
- 94 Wartenberg, Erinnerungen, S. 19.
- 95 Fritz Wartenberg (geb. 3.12.1902) setzte diese Tradition fort. Nach dem Besuch der Volksschule in Ottensen Lehre als Schriftsetzer. 1917 Eintritt in den Arbeiterjugendbund. 1918/19 war er Mitglied der Jugendschutzkommission des Arbeiterrates Groß-Hamburg. 1921 Eintritt in die SPD. Von 1922 bis 1925 Wanderschaft nach Italien und Österreich. 1928 gehörte er zum Vorstand der SAJ in Altona. Nach 1945 war Fritz Wartenberg mehrere Jahre im SPD-Kreisvorstand Altona und dort für Kultur zuständig. Gerd Wartenberg, der 1944 geborene Sohn von Fritz, ist seit 1980 Berliner Bundestagsabgeordneter und inzwischen innenpolitischer Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.





Arbeiterinnen der Fischräucherei Bartelsen im Ottenser Osterkirchenviertel. Frauen waren hier besonders schweren Arbeitsbedingungen ausgesetzt, die häufig ihre Gesundheit angriffen. Bis zu ihrem Umzug nach Bahrenfeld lebte die Familie Wartenberg in diesem sozialdemokratisch geprägten Arbeiterviertel. Foto: Ottensener Bürgerverein.

Hochburg der Sozialdemokratie. Hier errangen ihre Kandidaten bei den Reichstagswahlen 1893 ca. 85% und 1898 sogar über 90% der abgegebenen Stimmen.96 In diesem eng besiedelten Arbeiterwohnquartier lebten 1895 auf 0,215 km<sup>2</sup> 5 498 Menschen in 1167 Wohnungen, die aufgrund ihrer geringen Größe und schlechten Ausstattung den geringsten Mietwert in der Stadt hatten. Gewerblich oder auch als Geschäftslokal genutzt wurden 276 Einheiten.97 Enge Wohnverhältnisse gab es noch um die Jahrhundertwende bei der Familie Stähr. Fünf Personen, die Eltern und drei nichtverheiratete erwachsene Kinder, schliefen in einem Raum. Geprägt war der 25. Stadtbezirk vor allem durch die Herstellung von Zigarren, die Fischindustrie und den Ottenser Glashütten mit ihren Werkswohnungen. Direkt an das Quartier angrenzend lagen die größten Ottenser Metallbetriebe wie Menck & Hambrock und Zeise. Mit den sozialen Problemen der Heimarbeit war Alma Wartenberg aufgrund ihrer familiären Erfahrung vertraut, weil ihr Vater selbst Heimarbeiter war. Bei Frauen, die als Heimarbeiterinnen arbeiteten, war es die Doppelbelastung, die die ohnehin vorhandene Gesundheitsgefährdung in der Tabakverarbeitung noch zusätzlich erhöhte. Eine fehlende Trennung von Arbeits- und Wohnbereich erschwerte ihre Arbeitsumstände zusätzlich. Tabakarbeiterinnen erkrankten häufig an Unterleibsbeschwerden. Anämie und Chlorose.98 Jede Geburt stellte für diese Frauen eine große körperliche Belastung dar. Die eigene Erfahrung unzumutbarer sozialer Verhältnisse für Frauen war sicherlich der wichtigste Grund für Alma Wartenberg, mehr als nur Lokalpolitik zu betreiben.

Wenn Alma Wartenberg auf Agitationstour ging, hatte das auf ihr eigenes Familienleben — sie war seit 1895 mit dem Schlosser Ferdinand Wartenberg verheiratet und hatte selbst vier Kinder — Auswirkungen. Der Vater, so Fritz Wartenberg, soll zwar eine geduldige Natur gewesen sein, aber Konflikte gab es dennoch. Meist drehten sie sich um die Bewältigung häuslicher Angelegenheiten:

"Der Vater schimpfte oft genug: Da segelt sie wieder in der Weltgeschichte 'rum! Das hör ich noch wie heute: Jetzt ham wir dies oder ham wir das nicht, und meine jüngste Schwester hatte dann, wenn meine Mutter auf Reisen war, die Haushaltverpflichtungen, und dem war sie eigentlich nicht gewachsen. Es war eben nicht im Sinne meines Vater. Was sie kochte, war nicht so, wie meine Mutter kochte. Diese war eine hervorragende Köchin. Und meine Schwester konnte nur was zusammenbrauen, aber dann war er schon ärgerlich."99

Wenn es auch eine deutlich konventionelle Rollenverteilung im Haushalt der Wartenbergs gab, scheinen die familiären Auseinandersetzungen um die Agitationstätigkeit der Ehefrau aber nicht bedeutend gewesen zu sein. Führende Sozialdemokratinnen konnten die Rolle der Ehefrau und Agitatorin nicht miteinander verbinden. So scheiterte z.B. die Ehe von Luise Zietz mit einem sozialdemokratischen Hafenarbeiter bald nach dem Beginn ihrer politischen Aktivität. 100

<sup>96</sup> Gemeindebericht, S. 358ff.

<sup>97</sup> Gemeindebericht, S. 155ff.

<sup>98</sup> Irmtraud Gensewich, Die Tabakarbeiterin in Baden 1870 — 1914, Mannheim 1986, S. 214ff.

<sup>99</sup> Wartenberg, Interview vom 23.12.1987.

<sup>100</sup> Niggemann, S. 281.

Wenn Alma Wartenberg auf Vortragsreise war, bedeutete dies für die Familie nicht nur eine kulinarische Einbuße, sondern in der Vorbereitungszeit auch Arbeit für die Kinder:

"Sie war manchmal wochenlang weg, aber meistens nur im Winter, weil es keine Verdunkelungsmöglichkeiten gab in den normalen Lokalitäten. Wenn sie losfuhr, dann war sie ausgerüstet wie ein Monteur mit allen möglichen Vorführutensilien. In einem Blechkasten den Projektor, der auf eine ganz fulminante Art betrieben wurde. Da holten wir, mein Bruder und ich, mit einer Karre eine Sauerstoffflasche aus Stahl von einer Altonaer Firma, die sie mitnehmen mußte, um Azethylenlicht zu erzeugen mit Hilfe entsprechender Kerzen, die im Gerät waren. Mit einer Glühbirne bekam man ja kein scharfes Bild, jedenfalls nicht mit denen, die damals gebräuchlich waren. Reflektorlampen, wie man sie heute hat, in den Episkopen und ähnlichem, die gab es da noch gar nicht.

Dazu schleppte sie ein Gestänge mit sich herum, worin die Leinwand aufzuspannen war. Das brauchte ja nicht nur einen Rahmen, sondern auch noch Füße, damit das Ganze standfest war. Das alles hat ein Onkel von mir, der Klempner war, zum Ineinanderstecken in einem Leinwandbeutel gebastelt. Das ergab ein Bündel von 15 cm Durchmesser und zwei Meter Länge. Wenn man alles auseinanderzog, hatte man den Rahmen für eine Leinwand in der Größe von 2 x 2 Meter."101

Alma Wartenbergs "Spezialität" bei der Agitation waren, nach ihrer Zeit als Kreisvertrauensperson, Fragen des Mutterschutzes und der Empfängnisverhütung. 102 Sie setzte sich für einen besseren Schutz der schwangeren Arbeiterinnen durch die Arbeitsschutzgebung ein. In der "Gleichheit" wies sie z. B. 1909 unter dem Kürzel A.W. auf eine am 1. Juli des Jahres in Karlsruhe gegründete Mutterschutzkasse hin, die die erste ihrer Art in Deutschland sei. Ziel der Kasse sollte es sein, "daß Wöchnerinnen sich und das Kind etwas besser pflegen wie bisher."103 Die Leistungen die Kasse umfaßten Wöchnerinnengeld und Stillprämien.

Aufklärung, Vorsorge, Verbesserung der Lebensverhältnisse von Frauen, das waren die wichtigsten Anliegen Alma Wartenbergs. Um diese Ziele zu erreichen, bedurfte es guter Vorbereitung und einschlägiger Kenntnisse, aber auch eines besonderen Anstoßes. Fritz Wartenberg beschreibt, wie seine Mutter dazu kam, Vorträge zum Mutterschutz zu halten:

"Als gelerntes Dienstmädchen, so nannte man damals weibliche Hausangestellte, war sie auch bei einer Arztfamilie in Stellung gewesen. Wenn gerade nichts zu scheuern oder zu kochen war, mußte sie in der Sprechstunde bei kleinen operativen Eingriffen helfen. Dann war sie Dienstmädchen-Sprechstundenhilfe. Dabei hat sie erfahren, wie wenig die Arbeiterfrauen über ihre inneren Organe wußten und wie schädlich für schwangere Frauen schwere Berufsarbeit bis kurz vor der Entbindung war.

In einer politischen Veranstaltung ist ein Arzt auf sie auf-

Wartenberg, Interview vom 23.12.1987.

<sup>&</sup>lt;sup>102</sup> Vgl.: Ute Frevert, "Fürsorgliche Belagerung": Hygienebewegung und Arbeiterfrauen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: GG 11 (1985), S. 420-446.

<sup>103</sup> Die Gleichheit 19. 7.1909.

merksam geworden. Er regte die rednerisch begabte Frau an, Vorträge zu halten über Frauenarbeit und Mutterschutz. Das war unter den damaligen Bedingungen ein revolutionärer Akt. Mit einem unter Assistenz des Arztes erarbeiteten soliden Referat und vielen Lichtbildern über die Unterleibsorgane der Frau, über Mißbildungen und Schäden des im Mutterleib ruhenden Kindes durch harte Arbeit vor der Entbindung ausgerüstet, zog sie von Stadt zu Stadt. Von Flensburg bis nach Schlesien, von Berlin bis in den Südwesten des Reiches."104

Die Lichtbilder entstammten zwei populärwissenschaftlichen Gesundheitsbüchern; "Die Frau als Arzt in der Familie" und "Die Gesundheit der Frau"; die entsprechenden Abbildungen wurden einfach aus den Seiten geschnitten und während des Vortrages zwischen die Glasplatten des Wiedergabegerätes gelegt.<sup>105</sup>

Die solchermaßen anschaulich gestalteten Vorträge kamen bei den Zuhörerinnen ausgezeichnet an, wie ein Bericht in der Gleichheit belegt. Im Frühjahr 1912 hatte Alma Wartenberg in 17 Städten und Dörfern des Herzogtums Gotha agitiert:

"Vor 200, 300 oder 400 und mehr aufmerksamen Zuhörerinnen behandelte die Referentin ihr Thema in klaren und verständlichen Ausführungen, die dabei den wissenschaftlichen Anforderungen gerecht wurden. Mit großem Geschick und überzeugender Beredsamkeit wußte sie ihren Zuhörerinnen die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Zuständen und den Gesundheitsverhältnissen des arbeitenden Volkes zu schildern und die körperlichen Schäden bloßzulegen, an denen ganz besonders die proletarischen Frauen zu tragen haben. Die Frauenleiden werden zum großen Teile von den erbärmlichen sozialen Zuständen verursacht, in denen das Proletariat lebt. Und das die herrschenden Klassen gar nicht den guten Willen haben, daran etwas zu bessern, das hat das Schicksal des Säuglingsund Mutterschutzes bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung unerschütterlich festgestellt. Gibt es eine bessere Gelegenheit zur Aufklärung der Frauen darüber als das von der Genossin Wartenberg gewählte Thema? Es versteht sich, daß diese die soziale Verständnislosigkeit und Gewissenlosigkeit der herrschenden Klassen gehörig geißelte. Der Beifall, den sie erntete, bewies nicht nur, daß sie von den proletarischen Frauen verstanden wurde, sondern daß sie ihnen aus dem Herzen gesprochen hatte. Kein Wunder, daß deshalb eine Versammlung immer besser besucht war als die andere. Die zahlreichen und guten Lichtbilder, an denen Genossin Wartenberg ihre Ausführungen erläuterte, trugen wesentlich dazu bei, das Verständnis zu erhöhen. Die Vorträge behandelten außer dem bereits angegebenen Thema noch die Frauen- und Kinderarbeit und ihre Wirkungen besonders in der Heimindustrie; Mutterschaft und Kindererziehung; die sozialen Ursachen der Prostitution; die Geschlechtskrankheiten usw. Zu allen Fragen gab die Referentin praktische Winke und Anregungen; nie kam bei ihren Ausführungen das Gefühl auf, als werde ein oberflächlich zusammengesuchtes Sammelsurium von allerhand

Wartenberg, Erinnerungen, S. 8.
 Wartenberg, Interview vom 23.12.1987.

Tatsachen vorgebracht. Man empfand, das Gebotene war innerlich gut durchdacht und verarbeitet, und die anwesenden Frauen haben viel gelernt. Wir hoffen in Gotha, daß diese Vorträge uns für den kommenden Frauentag so viel nützen, wie sie uns schon bei der Wahl genützt haben, wo zahlreiche Frauen durch Flugblätter und Stimmzettel verteilen sich als tüchtige Helferinnen erwiesen."106

Aber das Echo auf Alma Wartenbergs Aufklärungsarbeit war in den sozialdemokratischen Kreisen nicht überall posity. 1907 soll sich die Parteipresse von ihr distanziert haben. 107 Als sozusagen "offizielle" Rednerin der Partei und ihres zentralen Bildungsausschuß in Berlin kann Alma Wartenberg deshalb sicherlich nicht gelten. Eingeladen wurde sie zu ihren Vorträgen von den örtlichen sozialdemokratischen Bildungsvereinen. Hätte Alma Wartenberg für ihre Aufklärungsarbeit die theoretische Untermauerung in der Sozialdemokratie gesucht, so wäre ihre Arbeit am ehesten noch durch Kautsky gerechtfertigt worden, der schon 1880 gefordert hatte, daß zur bildungsmäßigen Emanzipation der Arbeiterfrau gehöre, sie "mit dem menschlichen Körper und seinen Funktionen" bekannt zu machen. 108 August Bebel zeigte in seinem Klassiker "Die Frau und der Sozialismus" Verständnis für die Empfängnisverhütung. "Dahin gehören die verschiedensten Mittel zur Verhinderung der Empfängnis oder, wenn diese wider Willen stattgefunden hat, die Beseitigung der Leibesfrucht, der Abortus. Es wäre falsch zu behaupten, daß diese Mittel nur von leichtfertigen, gewissenlosen Frauen angewendet würden. Vielmehr sind es oft sehr pflichttreue Frauen, welche die Kinderzahl einschränken möchten; und um dem Dilemma zu entgehen, sich dem Gatten versagen zu müssen oder ihn auf Abwege zu drängen, die zu wandeln er Neigung hat, sich lieber der Gefahr der Anwendung aborativer Mittel unterwerfen. "109

Verhütung, dies muß gegen Bebel eingewandt werden, ist bei ihm allerdings kein Akt von Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper, sondern dient der Rolle der Frau als immer verfügbares Sexualobjekt. Richtig beschreibt Bebel, daß die Frau in der Versorgungsehe für den Mann in erster Linie ein Genußobjekt sei, "ökonomisch und gesellschaftlich unfrei, muß sie ihre Versorgung in der Ehe erblicken, sie hängt also vom Manne ab und wird ein Stück Eigentum von ihm."110 Bebel kritisierte zudem die mangelnde Erziehung der Mädchen in Rücksicht auf den "Naturzweck", weil deshalb "die Vorbildung der Frau für ihren Beruf als Mutter und Kindererzieherin" zu wünschen übrig lasse. Fehlende voreheliche Sexualaufklärung "läßt sie über ihre Pflichten gegen sich und ihren Gatten in der schwärzesten Unwissenheit."111 Auch bedürfe der weibliche Organismus in Rücksicht auf den Geschlechtszweck einer ganz besonderen Pflege. Wenn er diese nicht erhalte, wären die Folgen "Krankheiten der Organe, die mit dem Geschlechtszweck in Verbindung stehen, die sich oft bis zur Unfähigkeit oder Lebensgefährlichkeit, Kinder zu gebären oder zu säugen, steigern."112

<sup>&</sup>lt;sup>106</sup> Die Gleichheit 1.4.1912. Auf die Problematik verschiedener Methoden der Schwangerschaftsverhütung geht Hagemann, S. 247ff ein.

<sup>107</sup> Linse, S. 236.

<sup>108</sup> Linse, S. 211.

<sup>&</sup>lt;sup>109</sup> August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart 1910, S. 135.

<sup>110</sup> Bebel, S. 148.

<sup>111</sup> Bebel, S. 150.

<sup>112</sup> Bebel, S. 152.

Obwohl Bebel die Rolle der Frau nicht nur auf die der Mutter beschränken wollte und auch die mit einer großen Kinderzahl verbundenen Probleme von Arbeiterfrauen kannte, empfahl er den Frauen keine besondere Methode der Verhütung. Er ging davon aus, daß das Bevölkerungswachstum sich ohne "schädliche Enthaltsamkeit und ohne widernatürlichen Präventivverkehr" reguliere. 113 Während Bebel sich immerhin, obgleich mit Widersprüchen behaftet, der Frage der Geburtenregelung stellte, wurde weithin dieses Thema innerhalb der Sozialdemokratie tabuisiert oder desavouiert. Das in der Internationalen Bibliothek 1893 erstmals erschienene sozialdemokratische Standardwerk "Die Gesundheitspflege des Weibes" erwähnt Geburtenregelung und Sexualaufklärung mit keinem Wort.114 Selbst in der proletarischen Frauenbewegung sah Clara Zetkin in der Beschränkung der Kinderzahl nur einen Ausdruck von Egoismus der Eltern und kein Mittel zur Lösung einer sozialen Frage. 115

Die öffentliche Diskussion über Geburtenregelung wuchs in dem Maße, in dem ab Beginn des Jahrhunderts die Zahl der Geburten in Deutschland rückläufig wurde. Die Vorstellungen der meisten führenden Sozialdemokraten waren bei diesem Thema nicht weit von denen ihrer konservativen Gegner entfernt. "Der Unterschied lag nur darin, daß die Sozialdemokratie den Geburtenrückgang als Folge des kapitalistischen Systems beklagte und es aus taktischen Gesichtspunkten unterließ, aus ihren Grundsätzen irgendwelche verpflichtenden Forderungen bezüglich des Fortpflanzungsverhaltens für ihre Mitglieder abzuleiten, diesen die Angelegenheit vielmehr als Privatsache überließ."116 Führende männliche Vertreter der SPD aber hatten sich öffentlich entsetzt über Geburtenregelung und Empfängnisverhütung geäußert: So lehnte Wilhelm Liebknecht den Präventivverkehr "rundweg als unsittlich" ab.117 Angeblich soll auf seine Initiative hin der Abdruck von Inseraten zur Anpreisung antikonzeptioneller Mittel in der Parteipresse abgelehnt worden sein.118

Von den Vorbehalten innerhalb ihrer eigenen Partei ließ Alma Wartenberg sich nicht beeindrucken. Sie war wohl eine Frau, die sich gegen den Zeitgeist durchsetzen konnte und wollte, und die dabei auch in ihrer eigenen Familie mit gesellschaftlichen Tabus brach. Sie hatte sich nicht nur theoretisch in ihren Vorträgen<sup>119</sup> mit dem richtigen Zeitpunkt der Aufklärung von Jugendlichen beschäftigt, sondern auch ihren Sohn Fritz als Dreizehnjährigen über den Geburtsvorgang unterrichtet. Typisch für den damaligen prüden Umgang mit diesen Fragen ist wohl die Reaktion eines Nachbarjungen, dem Fritz seine neuen Kenntnisse offenbart hatte: "Dien Modder is aber een Swien."<sup>120</sup>

Diese Äußerung ist aber noch vergleichsweise harmlos gegenüber den Hetzreden, wie sie der Zentrums-Abgeordnete von Steinaecker im Preußischen Landtag über Alma Wartenberg verbreitete:

"Können sie es mir übelnehmen, wenn ich erkläre, daß diese Frau eigentlich gefährlicher ist als ein wildes Tier, das auf die

<sup>113</sup> Bebel, S. 507.

<sup>114</sup> F.B. Simon, Die Gesundheitspflege des Weibes, Stuttgart 1912.

<sup>115</sup> Niggemann, S. 267.

<sup>116</sup> Linse, S. 237.

<sup>117</sup> Linse, S. 211.

<sup>118</sup> Linse, S. 237.

<sup>&</sup>lt;sup>119</sup> So u.a. 1908 während einer Vortragsreise in sächsischen Wahlkreisen. Vgl.: Die Gleichheit 13.4.1908.

<sup>&</sup>lt;sup>120</sup> Wartenberg, Erinnerungen, S.64f. Zur Fragen der Sexualaufklärung und ihren Tabus in der Arbeiterfamilie vgl.: Hagemann, S. 225ff.

menschliche Gesellschaft losgelassen wird, und daß die Frau daran schuld ist, wenn die gesunde Sinnlichkeit, die sittlichen Grundlagen ihrer Genossinnen durchaus verdorben werden."<sup>121</sup>

Auch von Seiten der Medizinalbürokratie, in deren Interesse es eigentlich gelegen haben müßte, daß sich der Gesundheitszustand der Frauen allgemein, nicht zuletzt durch die Verringerung der Geburten gebessert hätte, kam nichts Gutes über Alma Wartenberg. 1913 schrieb der Kreisarzt von Eisleben in der Zeitschrift für Medizinal-Beamte:

"In welch schamloser Weise die Sozialdemokratie Empfängnis zu verhüten sucht, erhellt aus einem Vortrag, den am 28. Oktober v. Js. Frau Alma Wartenberg aus Altona im sozialdemokratischen Verein zu Schraplau hielt. Sie erklärte unter anderem: Wenn der Staat auch noch soviel Gesetze gegen den Rückgang der Geburten schaffe, so müsse die Frau doch Herrin über ihren eigenen Körper bleiben. Das Recht, sich gegen Geburten zu schützen, stehe ihr selbst gegen den Willen ihres Ehemannes zu! Sie habe es sich zur Aufgabe gemacht, Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen über die Verhütung des Kindersegens aufzuklären, und würde sich freuen, bei ihren Bestrebungen die Unterstützung der Versammlung zu finden.

Darauf wurde an der Hand von Lichtbildern gezeigt, wie die Empfängnis zustande kommt. Weiter wurde ausgeführt: Die besten Mittel zur Verhütung der Empfängnis seien Schutzpessare und Reinigung; es seien dieselben Pessare, wie sie auch von Ärzten empfohlen und eingesetzt würden. Zu gebrauchen seien nur Größen 50-70; Größe 90, welche manche Ärzte einsetzten, verursache Schmerzen und sei nicht für Frauen, sondern für Kühe geeignet. Im Übrigen könnten sich die Frauen das Einsetzen selbst besorgen, wenn sie in hockender Stellung den zusammengelegten Ring nach hinten schöben. Das Pessar müsse immer getragen werden und sei nur bei der Regel zwecks Reinigung zu entfernen. Beim Entfernen sei die Frau vorsichtig, sonst könnten lebende Samentierchen in die Gebärmutter hineinkriechen. Zur Verhütung des letzteren Umstandes müsse die Scheide ordentlich vor dem Herausnehmen des Pessars mit einem Seifentuch ausgerieben werden. Auch vor dem Geschlechtsverkehr empfehle sich die Anwendung des Seifentuches; denn Seife reinige nicht nur am besten, sie töte auch die Samentierchen ab.

Auf Grund des § 184 Str.G.B. ist bei der Königlich. Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt worden."<sup>122</sup>

Der Paragraph 184, Absatz 3, des Strafgesetzbuches, war am 25. Juni 1900 als erste deutliche bevölkerungspolitische Maßnahme unter dem Druck nationalistisch-konservativer Kreise erlassen worden. Er stellte jeden unter Strafe, der "Gegenstände, die zum unzüchtigen Gebrauch bestimmt sind, ausstellt oder solche Gegenstände dem Publikum ankündigt oder anpreist. Selbst die Anpreisung von hygienischen Gummiartikeln an Eheleute (wurde) als strafbar anerkannt ..."123

<sup>&</sup>lt;sup>121</sup> Anneliese Bergmann, Frauen, Männer, Sexualität und Geburtenkontrolle. Zur "Gebärstreikdebatte" der SPD 1913, in: Karin Hausen (Hrsg.), Frauen suchen ihre Geschichte, München 1983, S. 97.

Geburtenrückgang, in: Zeitschrift für Medizinal-Beamte. Zentralblatt für das gesamte Gesundheitswesen, Hrsg. von Prof, Dr. Otto Rapmund, Berlin XXVI. Jg. 1913, S. 107f.

<sup>123</sup> Linse, S. 257f.

Immer wieder diente dieser Artikel dazu, Alma Wartenberg wegen ihrer Vorträge zu Gefängnisstrafen zu verurteilen. Ihr Sohn schildert dies so:

"Nachher kam dann eine freundliche Einladung der örtlichen Gerichtsbehörden mit einer Strafanzeige wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses. Meine Mutter erhielt dann meistens einen Kuraufenthalt von zwei bis acht Wochen im Amtsgerichtsgefängnis verschrieben. Aber die Rechtsanwälte, Reichstagsabgeordneten der Sozialdemokraten, gönnten ihr das nicht. Mit Berufungsverhandlungen bis hin zum Reichsgericht setzten sie die Zurückziehung des Urteils immer wieder durch."<sup>124</sup>

Mit der 1912 einsetzenden Debatte über den "Gebärstreik" war Alma Wartenbergs zentrales Agitationsthema in den Brennpunkt der Auseinandersetzungen geraten. Zwar hatte sie schon jahrelang ihre Vorträge über Frauenkrankheiten, Schwangerschaft, Entbindung und Empfängnisverhütung gehalten, doch jetzt wurden diese Fragen als Politikum nicht nur innerhalb der Sozialdemokratie diskutiert. Ausgelöst wurde die Debatte durch die zunehmend repressiven Tendenzen der staatlichen Bevölkerungspolitik. Ein Katalog politischer Maßnahmen, 1912 in einer Schriftenreihe des Innenministeriums vorgestellt, sollte die Voraussetzungen dafür schaffen, die Geburtenrate wieder steigen zu lassen. Der Hauptschuldige am Geburtenrückgang wurde, da die Geburtenrate vor allem in den Arbeiterwohnbezirken stark sank, von den bürgerlichen Parteien in der Sozialdemokratie ausgemacht. Eine widersinnige Behauptung, hatte doch die SPD die Frage der Geburtenregelung bis dahin immer als "Privatsache" behandelt und niemals offizielle Empfehlungen ausgesprochen, sondern in ihren Veröffentlichungen meist eine restriktive Sexualmoral vertreten. Allerdings war die Fähigkeit und der Wille zur Familienplanung bei vielen Arbeitern bereits eine Realität. 125

Der Ausdruck "Gebärstreik" war erstmalig in Deutschland von den Berliner sozialdemokratischen Ärzten Julius Moses und Alfred Bernstein in einer Veranstaltung verwendet worden, um damit provozierend zu verdeutlichen, daß Frauen mit dem Gebären von Kindern für die Gesellschaft eine Leistung erbringen, auf die diese nicht verzichten kann. Auf ihren seit 1910 abgehaltenen Veranstaltungen in Berliner Arbeitervierteln klärten die beiden Arzte, genau wie Alma Wartenberg, über Verhütungsmethoden auf. Moses folgerte, daß die herrschenden Klassen am Ende ihres Lateins seien, wenn Frauen für einige Zeit die Gebärverweigerung durchhielten und die Proletarierinnen sich mittels Verhütung von der "Sklaverei ihrer Gebärmutter" befreien würden. 126 Bernstein meinte, daß der Geburtenrückgang den Kapitalismus in seinem Lebensnerv treffe, weil dann die Ausbeutungsobjekte nicht mehr zu rekrutieren seien.127

Infolge der gesellschaftlichen Diskussionen um die Frage des Geburtenrückgangs sah sich die SPD gezwungen, eine "Parteilinie" hierzu zu finden. Besonders die wachsende Popularität

<sup>124</sup> Wartenberg, Erinnerungen, S. 8.
125 Robert Neumann, Geburtenkontrolle der Arbeiterklasse im Wilhelminischen Deutschland, in: Dieter Langewiesche, Klaus Schönhoen (Hrsg.), Arbeiter in Deutschland, Paderborn 1981, S. 187-205. Coola Lipp, Sexualität und Heirat, in: Wolfgang Ruppert (Hrsg.), Die Arbeiter, München 1986, S. 186-197. Klaus Tenfelde, Arbeiterfamilie und Geschlechterbeziehung im deutschen Kaiserreich, in: GG 18 (1992), S. 179-203.

<sup>&</sup>lt;sup>126</sup> Karl-Heinz Roth, Kontroversen um Geburtenkontrolle am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Eine Dokumentation zur Berliner Gebärstreikdebatte von 1913, in: Autonomie, Materialien gegen die Fabrikgesellschaft 9, 1978, Nr.12, S. 88.

<sup>127</sup> Vorwärts 31.8.1913.



Alma Wartenberg. Wohnung im Nernstweg. 1902-1905 sozialdemokratische Vertrauensperson Ottensen. (Foto: Privatbesitz Fritz Wartenberg)

der Gebärstreikforderung auch unter den Genossinnen forderte eine eindeutige Stellungnahme der Partei. Sie erschien in zwei Artikeln im Vorwärts, in denen sich die Partei vom Standpunkt der Ärzte distanzierte: "Nicht die geringe Kinderzahl ist der Weg zur sozialistischen Erkenntnis und Politik ..."128

Offensichtlich hatte die Parteiführung die Stimmung unter den weiblichen Mitgliedern falsch eingeschätzt. Zu einer vom Berliner Parteivorstand einberufenen Versammlung zum einzigen Tagesordnungspunkt "Gegen den Gebärstreik" kamen rund 4000 Personen, wobei zum erstenmal ein Massenandrang von Frauen erlebt wurde. Eine Resolution "Gegen den Gebärstreik" konnte nach kontroverser Diskussion nicht verabschiedet werden. Der Konflikt zwischen der Partei und vieler ihrer weiblichen Mitglieder war nicht behoben, sondern nun deutlich an die Oberfläche getreten. Auch eine weitere Versammlung, auf der Luise Zietz versuchte, einen Kompromiß herbei zu

<sup>128</sup> Vorwärts 13.7.1913.

führen, indem sie "die Geburtenkontrolle … zu einer legitimen Privatangelegenheit erklärte" brachte keine Annäherung der Standpunkte.<sup>129</sup>

Interessant ist, wie sich die führenden Sozialdemokratinnen zur Frage der Geburtenregelung stellten. Clara Zetkin, als Herausgeberin der Gleichheit wohl die wichtigste Wortführerin, Luise Zietz und Rosa Luxemburg verurteilten den Gebärstreik und betonten die ökonomischen Nachteile des Geburtenrückgangs. Zetkin malte sogar den "Geburtenrückgang und ... Präservativverkehr in der proletarischen Masse" als "Massenselbstmord der sozialdemokratischen Partei" an die Wand und verwarf den Gebärstreik als "bürgerlich-anarchistische Auffassung". 130 Eduard Bernstein 131 vertrat in seiner Stellungnahme zur Gebärstreikdebatte die Position, daß der Geburtenrückgang eine natürliche Folge der Bildungsarbeit der Arbeiterbewegung sei und sich auf einer gewissen Stufe der Kultur in allen Ländern einstelle. Gebärstreik sei aber keine sozialistische Lösung der sozialen Frage. Karl Kautsky vertrat eine ähnliche Position und wies im Gegensatz zu Clara Zetkin darauf hin, daß die Qualität der kämpfenden Proletarier wichtiger sei, als ihre Masse, 123

Alma Wartenberg, ihrer Herkunft nach bestimmt nicht "bürgerlich-anarchistischen" Kreisen zuzurechnen, aber in ihrer auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen pochenden Einstellung unbeugsam, ließ sich durch die offizielle Parteimeinung nicht von ihren Vorstellungen abbringen. Im Oktober 1913 schloß sie sich der Gebärstreikforderung an, die weiterhin von einem Komitee unter Leitung von Dr. Moses, dem auch zehn Genossinnen angehörten, propagiert wurde. 133 Zu einer direkten Spaltung innerhalb der Partei kam es in dieser Frage nicht, da die "inzwischen mit Macht einsetzende Auseinandersetzung um die staatliche Beschränkung des Verkehrs mit Verhütungsmitteln Gegner und Anhänger des Gebärstreiks innerhalb der Sozialdemokratie zur geschlossenen Abwehrfront gegen die Bevölkerungspolitik des Staates und der staatstragenden Parteien vereinte."134

Der 1914 beginnende Erste Weltkrieg brachte eine vorläufige Zäsur in die Debatte um die Geburtenregelung. Die sozialdemokratische Frauenbewegung stellte infolge des Burgfriedens insgesamt ihre politische Agitation, jedenfalls weitgehend, ein. Alma Wartenberg betätigte sich nun ehrenamtlich in der Kriegsfürsorge. Nach dem Ende des Krieges begann sie mit großem Einsatz wieder ihre politische Tätigkeit in der SPD. Im März 1919 wurde sie zusammen mit Louise Schröder in das Altonaer Stadtverordnetenkollegium gewählt. Ab 1925 gehörte Alma Wartenberg auch dem schleswig-holsteinischen Provinziallandtag an. Vortragsreisen unternahm sie nur noch wenige, denn ihre Gesundheit war durch die Entbehrungen des Krieges geschwächt. Nach einem Schlaganfall legte Alma Wartenberg 1927 alle politischen Ämter nieder und verstarb mit nur 57 Jahren im Dezember 1928.

<sup>129</sup> Bergmann, S.95.

<sup>130</sup> Linse, S. 246.

<sup>&</sup>lt;sup>131</sup> Eduard Bernstein, Geburtenrückgang, Nationalität und Kultur, in: Sozialistische Monatshefte 1913, S. 1492-1499.

<sup>&</sup>lt;sup>132</sup> Karl Kautsky, Der Gebärstreik, in: Die Neue Zeit, 1913, 904-909.

<sup>133</sup> Linse, S. 250.

<sup>134</sup> Linse, S. 256.